Blinde Flecken

Was die Shell Jugendstudie ausblendet...

punkt.kultur

Zeitschrift für verbandliche Jugendarbeit in Hamburg

1/16

HausTicker

Neuer LJR-Vorstand. Eine neue, eigenständige Jugendpolitik ist in Hamburg notwendig. Mit dieser Überzeugung tritt der neu gewählte Vorstand des Landesjugendrings Hamburg an. Für ihn heißt eigenständige Jugendpolitik, sich für die Interessen heutiger und künftiger junger Menschen einzusetzen und eine Generationengerechtigkeit im politischen Handeln einzufordern. Darüber hinaus stehen die Arbeit mit Geflüchteten und interkulturelle Öffnung auf der Agenda. Diesen programmatischen Herausforderungen will sich der neue LJR-Vorstand in den nächsten zwei Jahren seiner Legislatur stellen. Auf der LJR-Vollversammlung am 24. Februar 2016 sind erstmalig sechs junge Menschen in den Vorstand gewählt worden und bilden die Vielfalt Hamburger Jugendverbände ab; im Einzelnen sind dies:
Anne Dewitz (Christlicher Verein Junger Menschen), Martin Helfrich (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Mike Hörster (DGB-Jugend), Melissa Kleist (Jugendrotkreuz Hamburg), Daniel Knoblich (Hamburger Sportjugend) und Laura Vanselow (Christlicher Verein Junger Menschen).

Anne Dewitz

Martin Helfrich

Mike Hörster

Melissa Kleist

Daniel Knoblich

Laura Vanselow

Desweiteren freut sich der Landesjugendring mit der DIDF-Jugend über die Aufnahme seines 18. Mitgliedsverbandes, der das Spektrum der MJSOs (Migranten/innenjugendselbstorganisationen) stärkt. Ein Portrait der DIDF-Jugend ist in der Serie WirkungsStätten ab Seite 17 in dieser Ausgabe zu lesen.

Neue Vertreter der Jugendverbände im Landesjugendhilfeausschuss. Laura Vanselow (LJR-Vorsitzende, CVJM) und Siegmar Grapentin (Evangelische Jugend) sind von der Deputation der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration als Vertreter der Jugendverbände in den Landesjugendhilfeausschuss gewählt worden. Das Gremium umfasst 22 Mitglieder und ist das Leitungsgremium für das Landesjugendamt. Es beschließt in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung (www.hamburg.de/landesjugendhilfeausschuss).

Wechsel in der LJR-Geschäftsstelle. Gudrun Bauch kehrt aus ihrer Elternzeit zurück und löst damit Maria Wassersleben auf der Modellprojektstelle für die interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit ab. Zudem wechselt Dennis Blitz vom Landesjugendring zu den Falken Hamburg und tritt dort die Nachfolge von Lea Wengel als Bildungsreferent an. Welcome back, Gudrun; alles Gute, Maria und Dennis!

Gudrun Bauch

Maria Wassersleben

Dennis Blitz

Inhalt

Titelthema

3 **Ausblendung? Idealisierung?**
Fragen an die Shell Jugendstudie
Von Ronald Lutz, Fachhochschule Erfurt

Vielfalt! Jugendarbeit

8 **»Wählen ab 16« wirkt!**
Wieso eine Herabsetzung des Wahlalters die Wahlbeteiligung nachhaltig steigert und die soziale Spaltung senkt
Von Dr. Niklas Im Winkel, Bertelsmann Stiftung

12 **Blick nach Bergedorf: Zur Praxis des bezirklichen Partizipationsgebotes**
Von Regine Schilde, Bezirksamt Bergedorf

14 **Zur Situation der Ausbildung und den Betriebspraktika**
Der Ausbildungsreport Hamburg der DGB-Jugend 2016
Von Christian Kröncke, DGB-Jugend Nord / Hamburg

17 **»Frieden jetzt!«**
Serie WirkungsStätten: Von Bildungsarbeit bis zur Straßenaktion – die DIDF-Jugend Hamburg ist ein politisch engagierter Jugendverband

Nachrichten

19 **Junge Briefmarkenfreunde feiern**
60 Jahre: Briefmarken sammeln und tauschen

19 **Landesförderplan: BASFI lädt Jugendverbände zum Austausch**

19 **Save the Date: Fachtag zur Arbeit mit Geflüchteten**

19 **Dokumentation »zusammen|wachsen – Kulturelle Vielfalt in der Jugendverbandsarbeit stärken und gestalten«**

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.
Redaktion: Jürgen Garbers **Layout und Gestaltung:** Rebekka Posselt **Fotos:** (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).
V.i.S.d.P.: Benedikt Alder c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: (040) 31 79 61 14; Fax: (040) 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de. **Auflage:** 2.300 Exemplare
punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.
Druck: Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Ausblendung? Idealisierung?

Fragen an die Shell Jugendstudie

Von Ronald Lutz, Fachhochschule Erfurt

Immer wieder erhebt die Shell Studie den Anspruch aktuelle Einstellungen Jugendlicher empirisch abzubilden. Mit ihren Aussagen und ihrem Charakter einer Langzeitstudie lassen sich tatsächlich Veränderungen und Entwicklungen identifizieren, die eine hohe öffentliche und politische Aufmerksamkeit erlangen. Die Studie repräsentiert zwar eine breite Mehrheit, doch kann sie nicht für alle Jugendlichen sprechen; zumindest die aktuelle ist hinsichtlich sozialer Probleme kaum aussagefähig, Daten zur Jugendarmut fehlen nahezu gänzlich. Analysen der Studie können in ihrer Validität nicht in Frage gestellt werden. Es bleibt aber unklar, warum die soziale Realität nicht vollständig dargestellt wird und es keine klaren Aussagen zu jenen gibt, die sich am Rande der Gesellschaft befinden.

Eine große Erzählung

Auf der Basis einer repräsentativ zusammengesetzten Stichprobe von 2.558 Jugendlichen im Alter von zwölf bis 25 Jahre formuliert die Studie den Anspruch, ein aktuelles und generalisiertes Bild der Jugendlichen zu liefern, das Grundlagen für gesellschaftliches und politisches Handeln bereitstelle[1]. Explizit betont wird der »Optimismus« der Befragten, die zuversichtlich in die persönliche Zukunft schauen und diese nicht als Bedrohung sehen. Sie verfügen über ein »solides und konservatives Wertesystem«, eine deutliche Mehrheit räumt dem Respekt vor Gesetz und Ordnung

[1] www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study-2015.html; Zugriff am 20.2.2016

großen Raum ein. Festgestellt wird, dass viele »fleißig und ehrgeizig seien«. Mehr als die Hälfte finden es wichtig, die Vielfalt der Menschen anzuerkennen und zu respektieren. Einen hohen Stellenwert besitzen zudem Bildung und Familie.

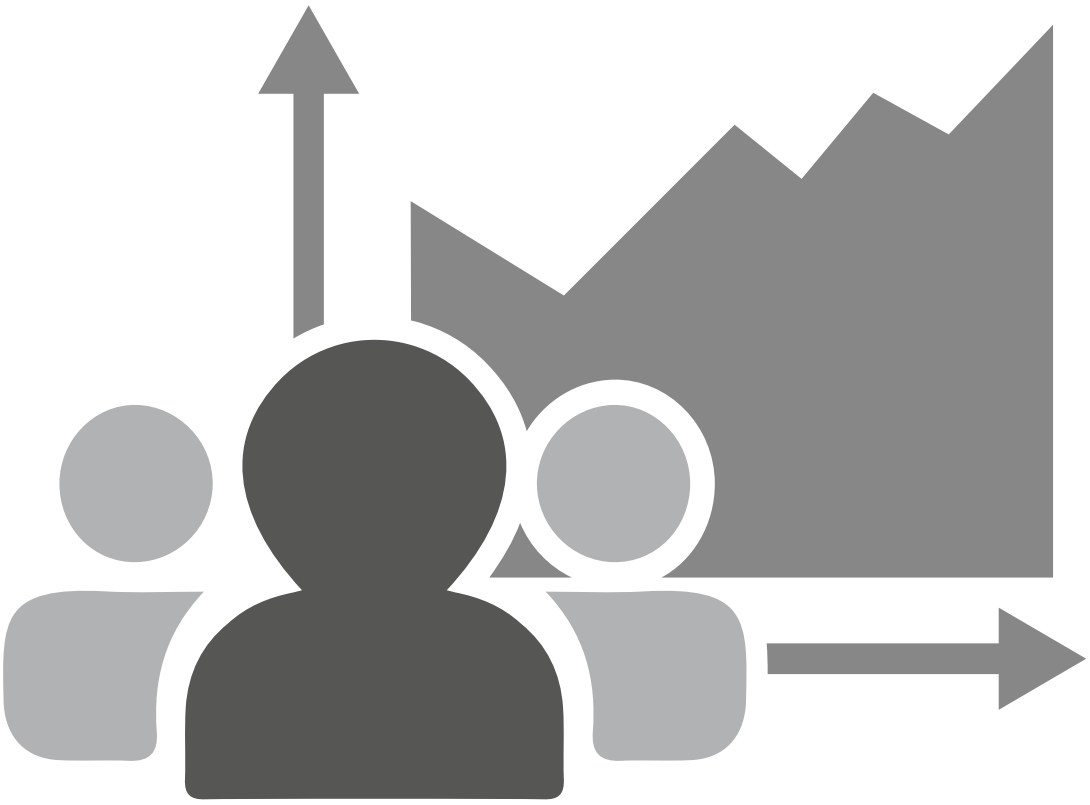
Bei den befragten Jugendlichen werden im Vergleich mit den Vorjahren insgesamt Anzeichen eines Sinneswandels beobachtet. In den letzten Jahren seien Unsicherheit, ob das Leben auch so gestaltbar wäre, wie man es sich wünsche, sowie Druck- und Angstgefühle gewichen. Stattdessen sei 2015 Optimismus erkennbar, auch zeigten sich ein wachsendes politisches Interesse sowie die Bereitschaft zum politischen Engagement. Die Analysen sprechen von einer »Generation im Aufbruch«, die pragmatisch, zuversichtlich, tolerant, wertoffen, fleißig, ehrgeizig und zugleich wertkonservativ orientiert sowie fern von Ideologien ihr Leben plane. Die Jugendlichen vermitteln, dass sie dem Leben zugewandt und in der Lage seien, sich mit der vorhandenen Realität positiv und gestalterisch zu arrangieren. Transportiert wird das Bild einer sympathischen, weltzugewandten und freundlichen Jugend, auf die man in den Bildungsinstitutionen, in der Politik und auch in der Öffentlichkeit durchaus stolz sein kann.

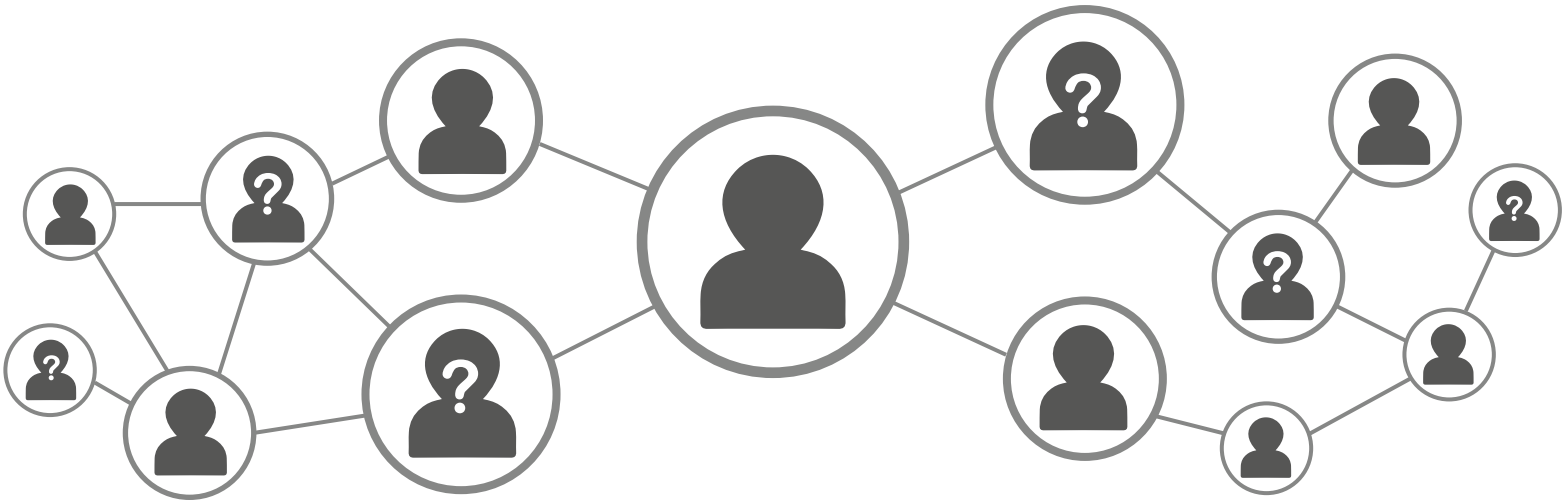
Unbestritten gelten diese Aussagen für die Mehrheit, doch damit wird nur eine Seite der Situation Jugendlicher hervorgehoben. Die glänzende Oberfläche hat einen Schatten, der in der Studie nicht weiter auffällt. Wenn 61 Prozent optimistisch sind, was ist dann mit den anderen 39 Prozent? Wer sind diese Anderen? Repräsentativität unterstellt heißt auch, dass Jugendliche befragt wurden, die in sozialer Benachteiligung leben. Wer hat dann welche Einstellungen bzw. wie verteilt sich der Optimismus über soziale Lagen? Ähnliches könnte man bezüglich der 84 Prozent fragen, die über ein solides Wertsystem verfügen. Wer ist das und wie sieht dies bei den anderen 16 Prozent aus? Wenn 81 Prozent Gesetz und Ordnung respektieren, wer sind dann die 19 Prozent? Wenn 58 Prozent bereit sind sozialen Randgruppen und Benachteiligten zu helfen, wobei helfen noch klarer umrissen werden müsste, ist nach der Einstellung der anderen 42 Prozent zu fragen. Ist für diese soziale Ungleichheit normal, haben sie sich damit arrangiert oder nehmen sie diese gar nicht mehr wahr?

In der Studie lassen sich hierauf keine Antworten finden. Brüche, Widersprüche und Benachteiligungen anderer werden nicht benannt oder erörtert. Kinder- und Jugendarmut, prekäre Lebenslagen, die je nach sozialer Lage sich differenzierenden Bildungschancen und die extrem unterschiedliche Einmündung in das Erwerbssystem scheinen nicht zur Erzählung der Shell Studie zu gehören. Möglicherweise war die Kontrastierung der positiven Erzählungen einer Mehrheit mit gesellschaftlichen Konflikten und sozialen Problemlagen nicht beabsichtigt, da diese nicht in die politischen Aussagen der Studie passen, dass es der Jugend trotz gesellschaftlicher Konflikte gut gehe und sie pragmatisch und optimistisch in die Zukunft schaue. Könnte es sein, dass mit der Studie ein positives Bild inszeniert wurde, indem man Schattenseiten ausblendete? Könnte das auch an einem homogenen Begriff von Jugend liegen, indem Aussagen einer statistischen Mehrheit generalisiert wurden?

Analysen der Jugendforschung belegen immer wieder (Fischer; Lutz 2015), dass es **die Jugend** als einheitliche Lebensphase nicht gibt, es gibt **viele Jugenden** (oder auch Jugendkulturen), die sich in einem völlig heterogenen Gewand und auch kontrovers darstellen. Dahinter verbergen sich Menschen mit ungeheuerlich differenzierten Möglichkeiten, Kompetenzen und Ressourcen, aber auch Menschen mit extrem eingeengten, die kaum Optimismus äußern und sich selbst als abgehängt sehen (Lutz 2015a). Notwendig sind heterogene Abbildungen; ein offener und generalisierter Begriff von »Jugend«, der kontroversen Einstellungen nicht abbildet, bereitet Schwierigkeiten, da er Einheitlichkeit suggeriert, die in sich vielfach gebrochen ist. Es entsteht leicht ein idealisiertes Bild, das mehr über die Gestalter des Bildes als über die Jugendlichen aussagt.

In den Darstellungen der Studie breitet sich eine »große Erzählung« von pragmatischen und der Zukunft zugewandten Jugendlichen aus – ein Bild von mehreren möglichen. Es werden Interpretationen und Vorstellungen hervorgehoben, die zweifelsohne als uneingeschränkt gesellschaftsfähig gelten und sich





mit Pragmatismus, Zukunft und Fortschritt verbinden. Würde das Andere dieser Erzählungen mit abgebildet, dann relativierte sich dies erheblich: Schwierige und gefährdete Jugendliche sowie Bilder von Benachteiligung und Armut, die zu anderen Einstellungen führen, würden ein weniger positives und damit anderes Bild spiegeln. Es zeigten sich Widersprüche und Konflikte in der Gesellschaft, die Öffentlichkeit und Politik immer weniger hören wollen. Eine eigentlich notwendige Relativierung durch die gleichzeitige Betonung der Schattenseiten scheint nicht gewollt zu sein.

Ausblendung und Idealisierung könnten in ihrer Dialektik mit einem spezifischen Bild der Jugend zusammen hängen, das implizit in der Studie aufscheint und unreflektiert in die Interpretationen einfloss. Ich habe in jüngeren Publikationen auf den »mythischen Charakter des Bildes von Jugend« hingewiesen, der sich aus einem offenen und Heterogenität nicht abbildenden Begriff ergibt, indem gefährdete Jugendliche zu gefährlichen Tätern werden, die sich angeblich selbst an den Rand der Gesellschaft bringen und nicht Ausdruck von sozialen und ökonomischen Widersprüche sind (Lutz 2015 a, b und c). Dieser Mythos verdichtet sich in einer Stilisierung von Jugend als Lebensstil. Auch hat dies u.a. dazu beigetragen, dass eine intensive Beschäftigung mit Jugendarmut bisher nur in Ansätzen stattgefunden hat. Ich will die Aussagen der Shell Studie in diesem Kontext reflektieren. Um dies zu explizieren, soll ein kurzer Blick auf das geworfen werden, was die Studie eben nicht sagt.

Was die Studie eben nicht sagt: Armut und Verwundbarkeit

Kinder- und Jugendarmut als Ergebnis ökonomischer und sozialer Ausgrenzung ist seit Jahren Gegenstand einer Fülle von Publikationen und Tagungen, der 14. Kinder- und Jugendbericht sowie der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung[2] gingen darauf ein, seit Jahren werden im »Monitor Jugendarmut« Zahlen und Analysen präsentiert[3]. Reflexionen zur Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen zeigen auch, dass es zwischen Kinderarmut und Jugendarmut essentielle Unterschiede gibt und letztere eines besonderen Blickes bedarf, da die Verursachungs- und Erfahrungskontexte jugendspezifisch erörtert werden müssen (Ploetz 2013; Lutz 2014, Lutz 2015 a, b und c).

Die Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen liegt mit ca. 20 Prozent deutlich über der allgemeinen Armutsrisikoquote in 2014 von 15,4 Prozent[4] und damit oberhalb der Kinderarmutsrisikoquote, die sich bei ca. 15 Prozent eingependelt hat[5]. Eine nicht zu übersehende Anzahl von Jugendlichen zählt zu den sozial und ökonomisch verwundbareren Menschen, die auf Grund fehlender bzw. eingeschränkter Ressourcen und Kompetenzen stärker als andere bedroht sind und somit den Ausgrenzungsprozessen zu erliegen drohen. Befragungen zeigen auch, dass viele Angst vor der Zukunft haben und sich auf ein Leben in Armut und Abhängigkeit einstellen. Der in der Shell-Studie dargelegte Optimismus ist ihnen fremd (Lutz 2015c). Das ist nicht verwunderlich, da viele Kinder und Jugendliche bereits lange Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen haben, die ihre Einstellungen prägen. Sie erleben Armut und Gewalt schon in der Herkunftsfamilie, ihre Kontakte bleiben auf das Milieu ähnlich gelagerter Lebenswirklichkeiten beschränkt, auch scheitern viele mehrfach im Schulsystem, bleiben diesem immer wieder fern, erhalten keinen qualifizierenden Schulabschluss und auch keinen Ausbildungsplatz, der Zugang zum Erwerbssystem bleibt »versperrt«. Schließlich ist auch die Hilfesuche nicht immer von durchschlagendem Erfolg gezeichnet, da immer wieder Jugendliche im Gewirr der Jugendhilfe »verloren« gehen (Lutz 2015a). Die Lebensphasen Heranwachsender werden vielfach gebrochen, es offenbart sich ein stark heterogenes Bild.

Probleme gefährdeter Jugendlicher entwickeln zudem weniger Attraktivität für politische und wissenschaftliche Diskurse als Kinderarmut, bei der immer noch das Bild des »unschuldigen Kindes«, das man retten muss, prägend ist (Lutz 2015c). Ich habe an anderer Stelle darauf hingewiesen, dass es für auffällige Jugendliche mehrere verfügbare Interpretationshülsen gibt, andere Ordnungsschemata im Komplex sozialer Probleme, in die man sie einsortieren und aus der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit verdrängen kann (Lutz 2015b). Dazu zählen »Auffälligkeiten« wie Punks, jugendliche Migranten, kriminelle Jugendliche, gewaltbereite Jugendliche, obdachlose Jugendliche, drogenabhängige Jugendliche, Trebegänger, Wohnungslose, Halbstarke oder Randalierer (Plötz 2013; Lutz 2015 a und c).

Individualisierte Einzelphänomene lenken von kulturellen, sozialen und ökonomischen Risiken ab, die in den vielfältigen Übergängen dieser Lebensphase liegen. Konflikte zwischen Kindheit und Erwachsensein kommen kaum in einen zusammenhängenden Blick. Soziale Risiken verschwinden hinter den Stigmatisierungen, den

---

2 www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/14-Kinder-und-Jugendbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf; www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile Zugriff am 25.2.2016

3 www.jugendarmut.info/monitor_jugendarmut_2014 Zugriff am 25.2.2016

4 www.der-paritaetische.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&g=0&t=1458405370&hash=e6ab3a4436e0b1c50c8f49840b6be9b3fa454a5e&file=fileadmin/dokumente/2016_armutsbericht/ab2016_komplett_web.pdf; Zugriff am 10.3.2016

5 www.jugendarmut.info/initiative. Zugriff am 25.2.2016; allerdings gibt es in den diskutierten Quoten keine einheitlichen Altersgrenzen, auch werden zumeist Studierende mit eingerechnet.

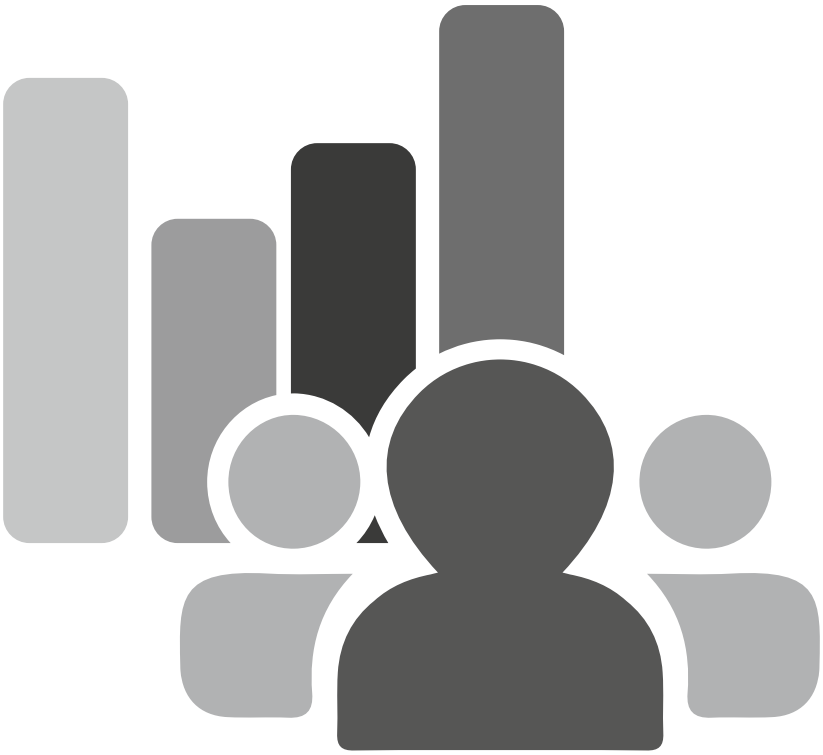
Der Autor

Prof. Dr. Ronald Lutz
FH Erfurt, Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften

Schwerpunktthemen:
Allgemeine Soziologie | Armut und soziale Benachteiligung | Stadt, Raum, Vergesellschaftung | International vergleichende Sozialpolitikforschung

Aktuelle Publikationen:
Ronald Lutz: Soziale Erschöpfung, Weinheim 2014
Jörg Fischer, Ronald Lutz (Hrsg.): Jugend im Blick, Weinheim 2015
Doron Kiesel, Ronald Lutz (Hrsg.): Religion und Politik, Frankfurt am Main 2015
Veronika Hammer, Ronald Lutz (Hrsg.): Neue Wege aus der Kinder- und Jugendarmut, Weinheim 2015
Ulrike Brizay, Ronald Lutz, Friso Ross (Hrsg.): Sozialarbeit des Südens, Band 5, Zugang zum Gesundheitswesen und Gesundheitspolitik - Access to Health Care Services and Health Policy, Oldenburg 2015
Ronald Lutz, Friso Ross (Hrsg.): Sozialarbeit des Südens, Band VI, Social Development; Oldenburg 2015
Ronald Lutz, Christine Rehklau: Sozialwissenschaftliche Grundlagen der Kindheitspädagogik, Weinheim 2016

Kontaktadresse: Ronald Lutz, FH Erfurt, FB Sozialwesen, Altonaer Str. 25, 99085 Erfurt | lutz@fh-erfurt.de



Vorurteilen und den Interpretationen, die in Auffälligkeiten stilisiert werden und von einem scheinbar konsistenten Bild abkoppelbar sind.
Diese Individualisierung zeigt sich in der medialen Aufbereitung jugendlicher Probleme (Lutz 2015a). Es häufen sich Serien über sogenannte verhaltensauffällige Jugendliche, die anklagen und Vorurteile befördern. Jugendliche sind darin nicht Opfer, wie das unschuldige Kind, sondern »Täter«; sie werden als verantwortlich handelnde Subjekte dargestellt, die sich allerdings jenseits gesellschaftlich gesetzter und normativ entworfener Erwartungen bewegen bzw. diese bewusst missachten:

- es sind Jugendliche, an denen die Eltern verzweifeln;
- es sind extrem auffällige Jugendliche, die in Camps »umerzogen« werden sollen;
- es sind Jugendliche, die nach öffentlicher Meinung irgendwie aus dem Ruder laufen;
- es sind Jugendliche, die als Suche nach dem Kick einfach mal jemand erschlagen.

Es zeigt sich ein grundlegendes Problem: Kinder leben noch in einem gesellschaftlichen Schutz- und Schonraum, der sie »unschuldig« an ihrer Situation sein lässt. Jugendliche können hingegen als »schuldig« angesehen werden, damit können »Rettungsabsichten« analog zum unschuldigen Kind verhindert oder zumindest erschwert werden. Jugendliche entsprechen nicht den Erwartungen, die man an sie heran trägt, eben pragmatisch, wertorientiert, respektvoll und optimistisch in die Zukunft zu schauen. Im Fokus der Erzählungen über Jugend stehen handelnde Subjekte, die entweder erfolgreich sind oder als Verlierer im gesellschaftlichen Sinne gelten. Auffällige Jugendliche werden als Versager stilisiert, die scheitern oder gar Normen missachten und sich somit nicht in das erwartete Bild fügen. Mit dieser Individualisierung, Abkopplung und Verdrängung wird es möglich, ein positives Bild zu idealisieren.
Dieser angedeutete Kontext war den Autoren/innen der Shell-Studie sicherlich bekannt. Deshalb ist die Frage zu stellen, weshalb dies in den Befragungen und Analysen nicht aufgegriffen und adäquat gespiegelt wurde. Könnte es sein, dass benachteiligte und auffällige Jugendlicher ausgeblendet bleiben, da ein öffentlich inszeniertes und positives Bild von Jugend entstehen soll, das als Symbol eines Lebensstils nichts von seinem Glanz verlieren darf? Aussagen zur Jugend müssen dann, um nicht quer zum »Jugendstil« der Gesellschaft zu liegen, grundsätzlich optimistisch sein und Pragmatismus, Respekt oder konservative Wertorientierungen betonen. Nur so fügen sie sich in die dominanten, öffentlichen Debatten und aktuellen Entwürfe.

Erzählung als Mythos

Die Shell-Studie betont vor allem eine aus gesellschaftlicher und politischer Sicht positive Seite jugendlicher Selbstdarstellung und blendet anderes aus. Damit bedient sie ungewollt einen modernen Mythos, der sich um Jugend rankt. Unter Mythos verstehe ich ganz allgemein eine kulturelle (und somit gesellschaftliche) Erzählung, mit der ein diskursiv entworfenes und herrschendes Welt- und Selbstverständnis zum Ausdruck gebracht wird, das in sich zwar eines negativen Gegenentwurfs benötigt um das eigentlich Positive, das gesellschaftlich besonders erwartete, zu betonen. Doch das muss nicht immer eigens betont werden.
Bezogen auf Jugend glänzen in unserem Alltag Bilder schöner und erfolgreicher junger Menschen, die mitunter auf eine ewig ausgedehnte Gegenwart getrimmt scheinen. Dieser Glanz wird sogar übermächtig, da er Schönheit und Erfolg auch für jene zu offerieren scheint, die – in Benachteiligung aufgewachsen – sich über

Castings wie DSDS demonstrieren lassen, sie könnten partizipieren und somit eine trügerische Hoffnung aufbauen. Wer will und fähig ist, der kann – das ist die darin liegende Botschaft des Erfolgs. Vermittelt wird: Im Gegensatz zu Kindern, die an ihrem Schicksal aus eigener Kraft wenig ändern können, wären Jugendliche dazu sehr wohl in der Lage. Die Fatalität dieser Botschaft ist allerdings, dass sie jene missachtet, die aus welchen Gründen auch immer, die nicht bei ihnen liegen, genau das eben nicht vermögen und an den Herausforderungen zu scheitern drohen.

In der Offenheit der begrifflichen Konstruktion ist Jugend eine Projektionsfläche, auf der aktuell vor allem das Jung-Sein als Wunsch und Vision stilisiert wird. Das muss eine glänzende Fläche sein, in der sich Metaphern und moderne Versprechungen wie Zuversicht, Dynamik, Erfolg, Unsterblichkeit, Reichtum, Schönheit, Durchsetzungsvermögen, Ausdauer oder auch Macht spiegeln können. Logischerweise muss eine solche Aufladung die Realität all jener jungen Menschen ausblenden, die dem widersprechen könnten. Je mehr Erwachsene jung sein wollen bzw. den damit verbundenen Essentials und Hoffnungen hinterher rennen, desto weniger gerät die reale Situation schwieriger Jugendlicher in den Blick, bzw. diese werden als von der Norm abweichend interpretiert und ausgeblendet, indem man einzelne zu Tätern und zugleich zu Verlierern stilisiert, die im unwürdigen Handeln dem Glanz als besserem Entwurf noch einmal Nahrung geben.

Hierin verdichtet sich aber auch ein Drama, das sich in der gegenwärtigen Moderne auszubreiten beginnt. Allmählich wird evident, dass die Erzählungen immer weniger den Realitäten entsprechen bzw. sich von ihren tatsächlichen Ansprüchen lösen: Die moderne Dynamik eines endlosem Wachstums, eines Zwanges zur stetigen Innovation und unübersehbaren Tendenzen zur radikalen Beschleunigung lösen die Wirklichkeit von den Wurzeln dieser Erzählungen ab (Lutz 2014). Mit den positiven Zeichnungen der Shell Studie wird hingegen betont, dass es noch immer möglich ist, sich mit dieser Welt zu arrangieren, sie aufzunehmen, sich darin zu positionieren und in ihr aktiv, pragmatisch und zukunftsorientiert zu leben. Da sich dies vor allem auf Orientierungen der heran wachsenden Generation bezieht, vermittelt diese Erzählung Hoffnung und Zuversicht: Alles wird trotzdem gut!

Fazit

Die Shell-Studie bedient den Glanz und folgt darin dem Mythos Jugend, indem sie das Andere umgeht und dessen positive Seite besonders betont. Sie ist zwar eine empirisch valide Studie, deren Ergebnisse eine die Mehrheit repräsentierende Realität spiegeln, doch eben nicht vollständig. Sie bestätigt insbesondere ein positives Bild der Gesellschaft und lässt die Schattenseiten außen vor. Indem sie diese ausblendet, wirkt sie in ihrer Gesamtdarstellung moralisierend, normativ und affirmativ.

Meine provokante Frage an die Studie ist nicht beantwortet: Will sie ganz bewusst nicht den Finger in die soziale Wunde der Jugendarmut bzw. gefährdeter Jugendlicher legen, da man sich den kulturellen Konflikten, die das auslösen könnte, nicht wirklich stellen will bzw. die öffentlichen Reaktionen fürchtet? Oder sind ihr die Schattenseiten prinzipiell fremd, da diese nicht mit den Erzählungen und Bildern von Jugend übereinstimmen, die im Hintergrund wirken?

Die gesellschaftliche Bedeutung der Shell Studie lässt sich nicht übersehen, sie wird von den Autoren/innen explizit formuliert: Man will »Grundlagen für gesellschaftliches und politisches Handeln liefern«. Wird hier nicht mit den Mitteln einer empirisch agierenden Wissenschaft, die manches ausblendet, ein Bild gezeichnet, wie man die Jugend idealerweise gerne hätte? Macht die Studie nicht auch dahingehend Politik, indem sie negative Seiten des Heranwachsens verleugnet und verdrängt? Ist gar die Normalisierung von Armut so weit fortgeschritten, dass man diese nicht mehr erwähnen muss?

Das gezeichnet positive Bild ist normativ, es suggeriert implizit, dass die jungen Menschen, die davon abweichen, nicht zur Normalität der Jugend im Lande gehören, Täter oder Verlierer sind. Das passt in die neoliberale Grundhaltung, die sich in der Realität der Gesellschaft seit Jahren ausbreitet.

Literatur

Fischer, Jörg/Lutz, Ronald (Hrsg.): Jugend im Blick, Weinheim 2015

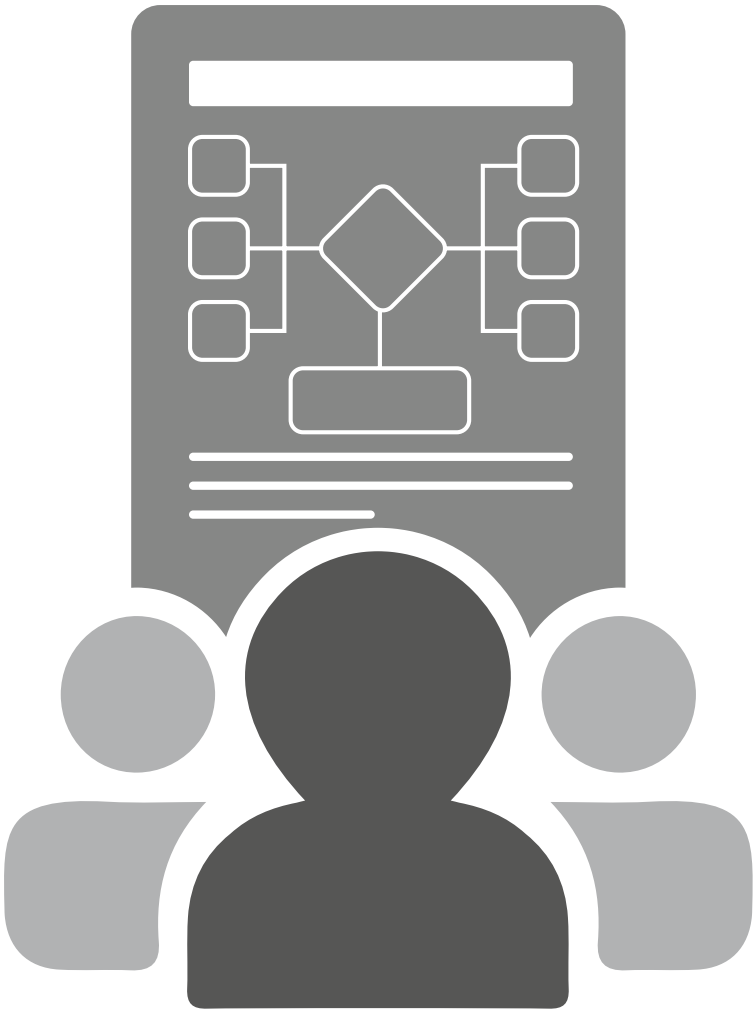
Lutz, Ronald: Soziale Erschöpfung, Weinheim 2014

Lutz, Ronald: Erschöpfte Jugendliche. Auf dem Weg in die nächste Generation armer Menschen; in: Jörg Fischer, Ronald Lutz(Hrsg.): Jugend im Blick, Weinheim 2015a, 181-198

Lutz, Ronald: Mythos Jugend. Zwischen Realität und gesellschaftlicher Wahrnehmung; in: Jörg Fischer, Ronald Lutz (Hrsg.): Jugend im Blick, Weinheim 2015b, 235-154

Lutz, Ronald: Kinder- und Jugendarmut: Gesellschaftliche Wahrnehmungen und politische Herausforderungen, in: Veronika Hammer, Ronald Lutz (Hrsg.): Neue Wege aus der Kinder- und Jugendarmut, Weinheim 2015c, 12-56

Ploetz, Yvonne (Hg.): Jugendarmut. Beiträge zur Lage in Deutschland, Opladen 2013



»Wählen ab 16« wirkt!

Wieso eine Herabsetzung des Wahlalters die Wahlbeteiligung nachhaltig steigert und die soziale Spaltung senkt

Von Dr. Niklas Im Winkel, Bertelsmann Stiftung

Eine Absenkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre kann die Wahlbeteiligung nachhaltig erhöhen. Entscheidend dafür sind die Erstwähler: Steigt deren Beteiligung durch »Wählen ab 16«, dann erhöht das langfristig und nachhaltig auch die Gesamtwahlbeteiligung. Allerdings ist »Wählen ab 16« kein Selbstläufer. Nur richtig eingeführt, wird es ein Erfolg. Dafür müssen zusammen mit der Senkung des Wahlalters informierende und aktivierende Begleitmaßnahmen und Projekte in den Schulen und in der außerschulischen Jugendbildung etabliert werden. Das ist alleine schon deshalb wichtig, weil die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung bei jungen Wählern noch stärker ausgeprägt ist als bei allen Wahlberechtigten.

Junge Bürger gehen in Deutschland nur noch unterdurchschnittlich häufig zur Wahl und der Trend zeigt weiter nach unten. Auch bei der Bundestagswahl 2013 lagen die Beteiligungsquoten der jungen Altersgruppen deutlich unter der Gesamtbeteiligung von 71,5 Prozent. Mit zunehmendem Alter stieg die Wahrscheinlichkeit zur Wahl zugehen an. Spitzenreiter war die Gruppe der 60- bis 70-Jährigen, die zu fast 80 Prozent teilgenommen hat.

Gleichzeitig wird der Anteil der Erstwähler am Elektorat aufgrund des demographischen Wandels immer kleiner. Seit der Bundestagswahl 1980 hat sich ihr Anteil nahezu halbiert und auch die Zahl der unter 30-Jährigen ist um mehr als ein Viertel gesunken.

Soziale Spaltung der Wahlbeteiligung. Es gibt also immer weniger junge Wahlberechtigte, die auch noch immer seltener zur Wahl gehen. Und das ist noch nicht alles: Die Jungwähler sind dazu in den Wahlergebnissen nicht nur unter-, sondern vor allem auch sozial verzerrt repräsentiert. Denn die Wahlbeteiligung junger Wähler ist sozial stark selektiv. Was Studien der Bertelsmann Stiftung in Bezug auf politische Teilhabe grundsätzlich gezeigt haben, gilt bereits in den jüngsten Altersgruppen: Je niedriger der formale Bildungsgrad, je geringer das Haushaltseinkommen und je prekärer das Lebensumfeld, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Diejenigen, die in sozioökonomisch benachteiligten und bildungsfernen Haushalten aufwachsen, erleben keine politische Sozialisation – weder im Elternhaus noch im Freundeskreis oder im Sportverein. In der Folge beteiligen sie sich deutlich seltener an Wahlen.

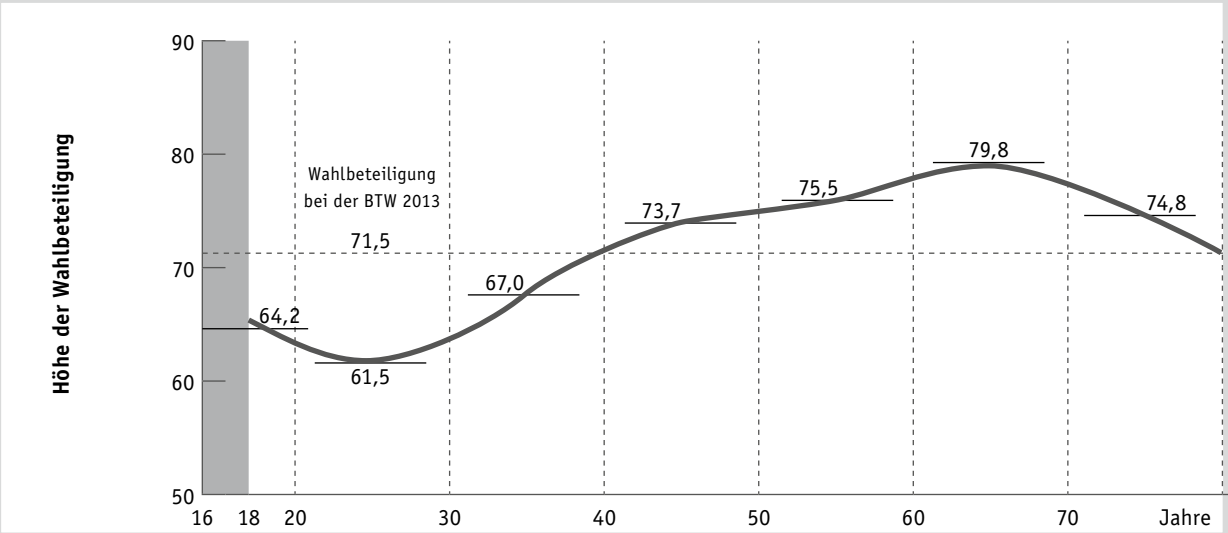
Umfragewerte aus dem GLES (German Longitudinal Election Study) zur Bundestagswahl 2013 zeigen: Die soziale Spaltung bei jungen Wählern ist dreimal stärker ausgeprägt als bei allen Wahlberechtigten. Während die Wahlbeteiligung der bildungsschwächsten Wahlberechtigten im Durchschnitt nur um 15,6 Prozentpunkte unterhalb der Beteiligung der bildungsstärksten Gruppe lag, betrug dieser Unterschied in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen ganze 51,9 Prozentpunkte.

Das zeigt zwar, wie wichtig es ist, dass sich Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft um die Erst- und Jungwähler kümmern und Maßnahmen ergreifen, um deren politische Beteiligung zu steigern. Aber dass »Wählen ab 16« die Gesamtwahlbeteiligung erhöhen soll, erschließt sich vor diesem Hintergrund noch nicht. Wieso hat die Herabsetzung des Wahlalters eine positive Wirkung auf die Beteiligung?

Gegenmittel. Dass dies tatsächlich so ist, zeigt die aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung: Die Absenkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre würde – richtig umgesetzt – einen Beitrag zur nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung leisten. Ausgangspunkt dafür ist die hohe Bedeutung der Erstwählerbeteiligung. Die erste Wahl ist wegweisend für den individuellen (Wahl-)Lebenszyklus, d.h. die Wahrscheinlichkeit, mit der man im weiteren Leben an Abstimmungen teilnimmt. Denn politische Partizipation ist pfadabhängig: Ob Bürger heute wählen, beeinflusst stark, ob sie auch zukünftig zur Wahl gehen. Nehmen junge Wähler an ihrer ersten Abstimmung nicht teil, erhöht das die Wahrscheinlichkeit, auch beim zweiten Mal fernzubleiben. Nicht wählen zu gehen, kann für sie normal werden und sie schlagen gleich zu Beginn eine Karriere als struktureller

Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 nach Altersgruppen

Angaben in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiter, eigene Berechnung und Darstellung der Bertelsmann Stiftung.

Nichtwähler ein. Nutzen junge Bürger dagegen gleich ihre erste Wahlmöglichkeit, setzt das positive Wirkungen frei. Nehmen sie auch an der zweiten und dritten Abstimmung teil, entwickelt sich eine Wahlgewohnheit und wählen zu gehen wird selbstverständlich.

Mit der ersten Wahl werden also schon die Weichen gestellt. Sie beeinflusst, wie sich die individuelle Wahlbeteiligung langfristig entwickelt. Wie stark sich dies wirklich in der langfristigen Gesamtwahlbeteiligung niederschlägt, zeigen drei Simulationsberechnungen. Was passiert, wenn nichts passiert und die Beteiligung der Erstwähler auf dem heutigen Niveau bleibt, zeigt das Basisszenario. Dann wird durch den demographischen Wandel die Wahlbeteiligung langfristig leicht um 3,5 Prozentpunkte auf 68 Prozent im Jahr 2049 absinken.

Abwärtsspirale. Was allerdings passiert, wenn sich der aktuelle Trend fortsetzt und die seit den 1980er Jahren kontinuierlich sinkende Erstwählerbeteiligung weiter abnimmt, zeigt eine zweite Simulation (Demobilisierungsszenario): Würde die Wahlbeteiligung in der jüngsten Altersgruppe um nur ein Drittel sinken, fiele alleine deshalb die Gesamtbeteiligung bei Bundestagswahlen bis 2049 auf unter 60 Prozent (57,8 Prozent). Und diese Annahme ist nicht unwahrscheinlich, denn zunehmend kommen junge Menschen ins wahlfähige Alter, die in politikfernen und klassischen Nichtwähleraushalten aufgewachsen sind und deren Wahlwahrscheinlichkeit nur gering ist.

Mobilisierungsszenario. Dass nicht nur eine negative Entwicklung möglich ist, sondern hier auch großes Potenzial schlummert, zeigt das Mobilisierungsszenario: Gelingt es, die Teilnahmequote in der jüngsten Wählergruppe nur um ein Drittel zu erhöhen, prognostiziert dieses langfristig einen Anstieg der Gesamtwahlbeteiligung von 71,5 Prozent bei der Wahl 2013 auf wieder knapp 80 Prozent im Jahr 2049.

Die Erstwahlwahrscheinlichkeit ist also ein strategischer Hebel: Gelingt es, durch früheres Wählen die Erstwählerbeteiligung zu erhöhen, ist »Wählen ab 16« eine wirkungsvolle und nachhaltige Strategie zur Stabilisierung und Steigerung der Gesamtwahlbeteiligung. Aber warum erhöht eine Senkung des Einstiegswahlalters die Beteiligungsquote der jüngsten Wähler? Wieso macht es einen Unterschied, ob junge Menschen mit 16 oder mit 18 das erste Mal an einer Wahl teilnehmen dürfen?

Weshalb das so ist, zeigen viele Studien: Wenn junge Bürger mit 18, 19 oder 20 Jahren das erste Mal wählen dürfen, befinden sie sich in einer sehr mobilen Phase. Ihre Lebensumstände verändern sich stark. Sie treffen viele wichtige Entscheidungen, ziehen aus dem Elternhaus aus, verlassen ihre Heimatstadt und wechseln den Freundeskreis und das sozial Milieu. Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren sind dagegen meistens noch ins bekannte gesellschaftliche Umfeld von Elternhaus, Freundeskreis, Vereinen und Schulen eingebunden. Diese biographischen Unterschiede spiegeln sich – empirisch gut belegt – in einer deutlich höheren Wahlbeteiligung wider.

Gute Beispiele. Dort, wo 16- und 17-Jährige bereits das Wahlrecht besitzen – zum Beispiel in Österreich und den drei deutschen Bundesländern Bremen, Hamburg und Brandenburg –, nehmen sie häufiger an Wahlen teil als die nachfolgenden Altersgruppen. So lag die Beteiligung der jüngsten Wähler bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im Jahr 2015 zwar knapp unterhalb des Landesdurchschnitts, aber zehn Prozentpunkte über der der 18- bis 24-Jährigen: Die 16- und 17-Jährigen hatten zu 52,1 Prozent teilgenommen, die 18- bis 24-Jährigen nur zu 42,3 Prozent und selbst die 25- bis 34-Jährigen deutlich seltener (47,3 Prozent).

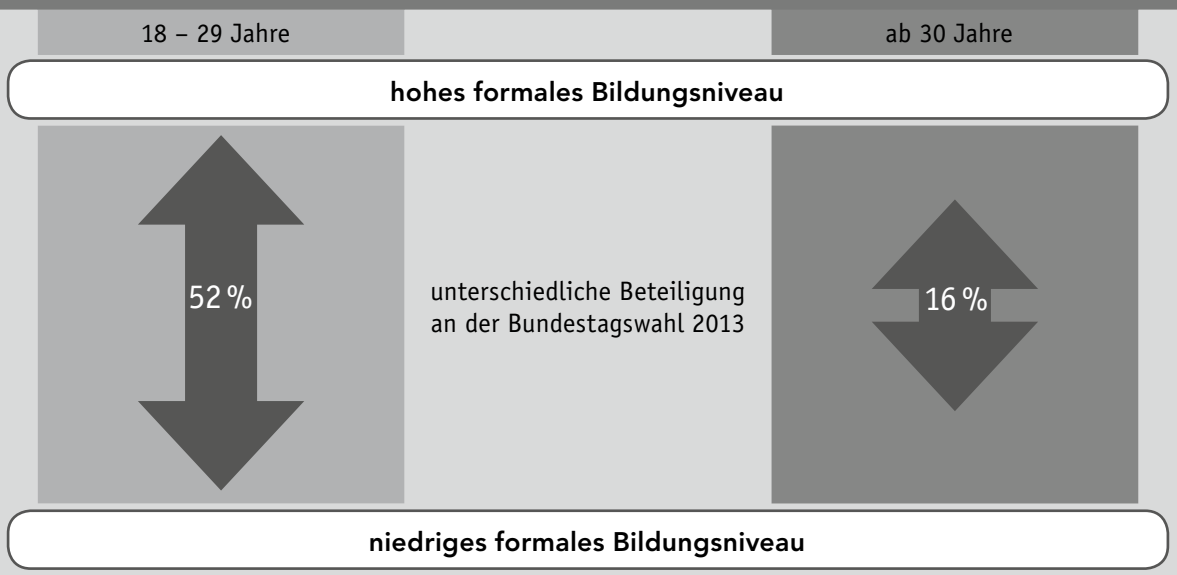
Bei den Landtagswahlen in Brandenburg 2014 lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung im Jahr 2014 bei nur 48,5 Prozent und von den 16- und 17-Jährigen gingen lediglich 41,5 Prozent zur Wahl. Das ist eine unterdurchschnittliche und besorgniserregend geringe Quote – im Vergleich zu den nächstälteren Gruppen war dies aber immer noch ein gutes Ergebnis. Denn von den 18- bis 20-Jährigen (34 Prozent) und den 25 bis 29-Jährigen (30 Prozent) hatte nur noch etwa ein Drittel, von den 21- bis 24-Jährigen (26,2 Prozent) sogar nur noch ein Viertel an den Landtagswahlen teilgenommen.

Warum genau jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um bei Bundestagswahlen das Wahlalter zu senken, zeigt die Entwicklung des politischen Interesses bei Jugendlichen. Diese entscheidende Determinante der Wahlbeteiligung ist in den letzten Jahren nämlich deutlich angestiegen. Eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre könnte daher einen bereits existierenden positiven Trend stabilisieren und verstärken. Denn es ist nicht nur so, dass politisch Interessierte häufiger zur Wahl gehen als politisch weniger Interessierte. Der Zusammenhang gilt auch umgekehrt: Das Wahlrecht und die Teilnahme an Wahlen stärken das politische Interesse. Im Jahr 2004 interessierten sich in Österreich lediglich 8,1 Prozent aller 16- bis 17-Jährigen »sehr« für Politik. Nach der Herabsetzung des Wahlalters im Jahr 2007 stieg dieser Anteil auf 21,8 Prozent. Gleichzeitig verringerte sich der Anteil der »gar nicht« Interessierten von 14 auf nur noch 6,6 Prozent. Insgesamt hat sich dort nach Einführung von »Wählen ab 16« der Anteil der interessierten Jugendlichen von gut einem Drittel auf fast zwei Drittel nahezu verdoppelt. Die Erfahrungen aus Österreich zeigen: Jugendliche, die mitentscheiden dürfen, sind auch motiviert, sich zu informieren und sich mit politischen Inhalten auseinanderzusetzen.

Kein Selbstläufer. Eine Herabsenkung des Wahlalters ist allerdings kein Selbstläufer. »Wählen ab 16« wird nur dann ein Erfolg, wenn dadurch die Erstwahlwahrscheinlichkeit deutlich erhöht wird. Dafür ist es notwendig, die jungen Wähler auf ihre erste Stimmabgabe vorzubereiten. Eine Reform des Wahlrechts muss daher entsprechend flankiert werden. Nur wenn die Jugendlichen durch nachhaltige Maßnahmen aktiviert und begleitet werden, kann »Wählen ab 16« die gewünschten Wirkungen entfalten.

Die Chancen dafür stehen sehr gut, denn durch das aktive Wahlrecht gewinnt politisches Wissen für Jugendliche an Relevanz und der Stellenwert politischer Bildung nimmt zu. Die Jugendlichen sind offen für Information und

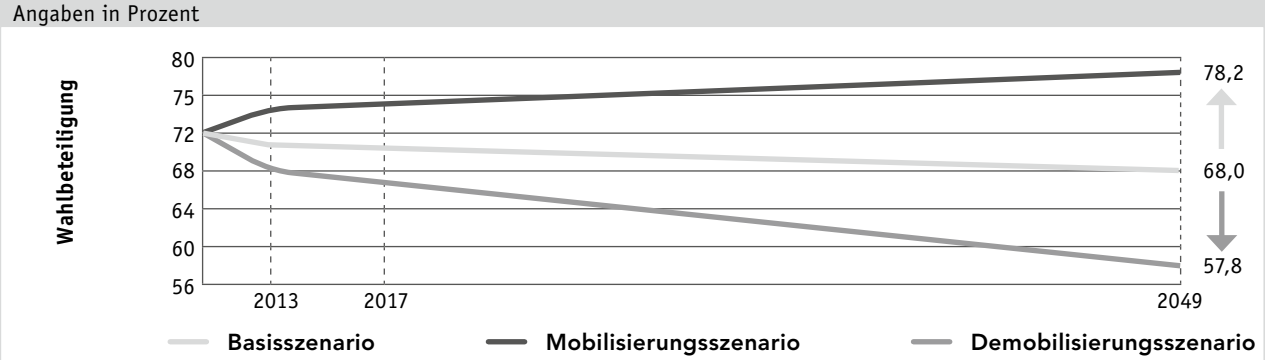
Teilnahme an der Bundestagswahl 2013 war bei jungen Wähler stark sozial gespalten



Quelle: Bieber, Ina E., Melanie Dietz und Lars-Christopher Stovsand. Wähler und Nichtwähler im Spiegel der GLES-Befragung Unterschiede zwischen Wählern und Nichtwählern bei der Bundestagwahl 2013. Unveröffentlichte Studie für die Bertelsmann Stiftung. 2015.

Einstiegswahlbeteiligung ist ein strategischer Hebel für die Gesamtwahlbeteiligung

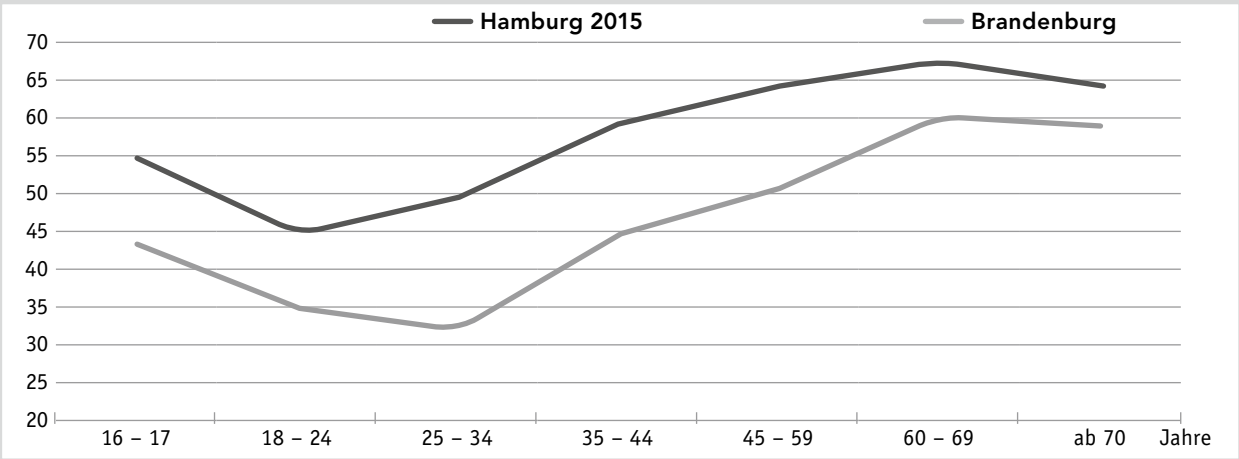
Angaben in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiter, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), eigene Berechnung und Darstellung der Bertelsmann Stiftung.

In Hamburg und Brandenburg nutzen die 16- und 17-jährigen die Chance zur Wahlteilnahme

Angaben in Prozent



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2015, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2014.

Förderung des Wissens über politische Inhalte. Begleitende Maßnahmen können hier in einer wichtigen Phase der politischen Sozialisation einen entscheidenden Impuls geben. Ideale Voraussetzungen, um politisches Engagement substanziell zu fördern.

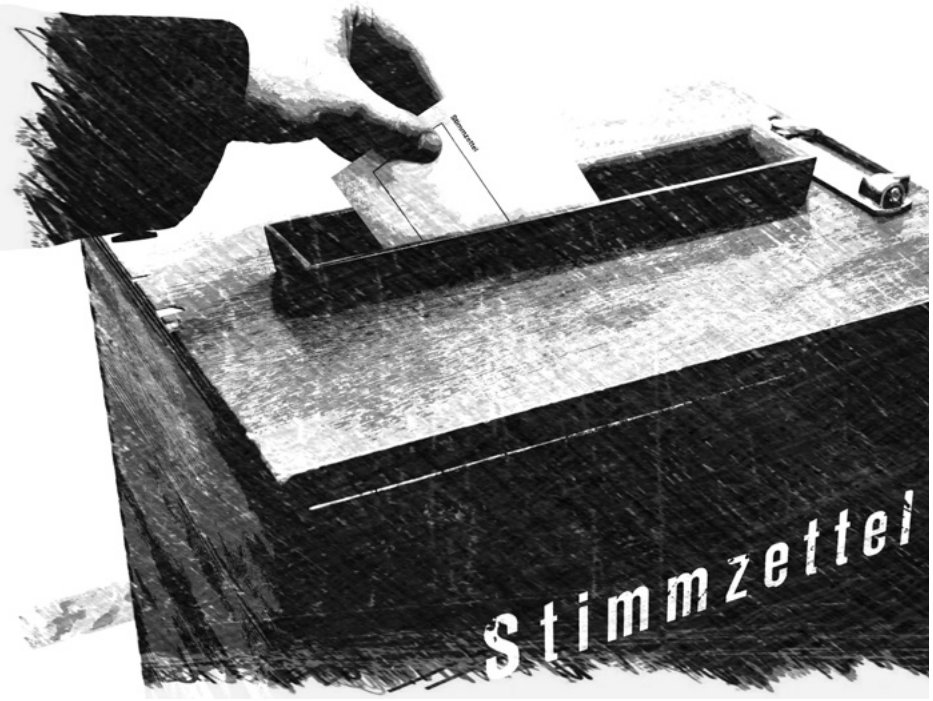
Und dort, wo 16- und 17-Jährige bereits an Wahlen teilnehmen dürfen, entstehen schon heute viele kreative Projekte. Die Initiatoren der entsprechenden Kampagnen und Maßnahmen sind neben den Landesparlamenten und Ministerien zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereine, insbesondere die Landesjugendringe. Ein bekanntes Beispiel sind auch die Juniorwahlen, eine realistisch gestaltete Probeabstimmung, die der Berliner Verein Kumulus e. V. durchführt.

Wie differenziert junge Hamburger wählten. Obschon solche Maßnahmen fast immer nur einen kurzfristigen Zeithorizont haben, können sie sehr wirkungsvoll sein. Dies zeigt das Beispiel Hamburg, wo die 16- und 17-Jährigen durch vielfältige Maßnahmen auf ihre erste Bürgerschaftswahlen vorbereitet worden sind. Der Erfolg lässt sich hier am Wahlverhalten der jüngsten Wähler ablesen: Über 40 Prozent der 16- und 17-Jährigen panaschierten, d.h. sie verteilten ihre Stimmen auf unterschiedliche Parteien bzw. Wahlvorschläge – insgesamt taten das nur 15 Prozent der Hamburger Wähler. Und nicht einmal die Hälfte der jüngsten Wähler häufte alle ihre Stimmen auf einen Kandidaten bzw. eine Partei an – von den Älteren taten dies fast drei Viertel. Die 16- und 17-jährigen nutzten die vielfältigen Möglichkeiten des Hamburger Wahlsystems also besser und häufiger als alle anderen Altersgruppen. Gleichzeitig stimmten sie deutlich seltener ungültig ab als die älteren Wähler. Denn durch die begleitenden Maßnahmen und Projekte waren die jüngsten Wähler über das komplexe Hamburger Wahlsystem einfach besser informiert.

Das grundsätzliche Ziel der Begleitmaßnahmen ist es, jungen Menschen demokratische Bildung und Werte zu vermitteln und ihre politische Sozialisation zu unterstützen. Sie sollten jedoch nicht nur kurzfristig angelegt sein, sondern dauerhaft verankert werden. Gemeinsam mit einer Herabsetzung des Wahlalters auf Bundesebene sollten daher vor allem in den Schulen nachhaltige und langfristige Maßnahmen etabliert werden. Insbesondere Wahlen gehören in die Schule. Politische Bildung und praktische Demokratieerfahrung sollten fester und selbstverständlicher Bestandteil des Schulalltag und des Unterrichts sein. Schüler sollen demokratische Prinzipien erleben und in Diskussionen mit Lehrern und Mitschülern demokratische Spielregeln sowie Teilnahme an schuldemokratischen Prozessen erlernen. So können sie erste demokratische Selbstwirksamkeitserfahrungen machen.

Das Potenzial liegt auf der Hand: Denn in den Schulen sind fast alle 16- und 17-Jährigen sehr gut zu erreichen. Vor allem aber bietet sich dort aus gesellschaftspolitischer Perspektive die Möglichkeit, mit unterstützenden Maßnahmen die soziale Spaltung bei politischer Teilhabe zu verringern. Denn politische Bildung und demokratisches Erleben in der Schule sind speziell für diejenigen von besonderer Bedeutung, deren politisches Interesse und Wissen im unmittelbaren sozialen Umfeld nur unzureichend gefördert werden. Das sind Jugendliche aus sozial benachteiligten Haushalten und typischen Nichtwählermilieus, die keine Form der politischen Bildung, Orientierung oder Auseinandersetzung im Elternhaus erleben. Ohne Unterstützung bleiben diese Jugendlichen ihr Leben lang der Politik fern und nehmen höchstens sporadisch an Wahlen teil. Denn die politische Haltung der Eltern vererbt sich auf die Kinder: Studien zeigen, dass sich Jugendliche aus politisch affinen Elternhäusern mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls für Politik interessieren. Und dass der Stellenwert von Politik im eigenen Elternhaus die Wahlbeteiligung stark beeinflusst: Wird dort häufig über Politik gesprochen, gehen die Befragten fast immer zur Wahl. Spricht man zu Hause jedoch nur selten oder nie über Politik, halbiert sich die Wahlwahrscheinlichkeit.

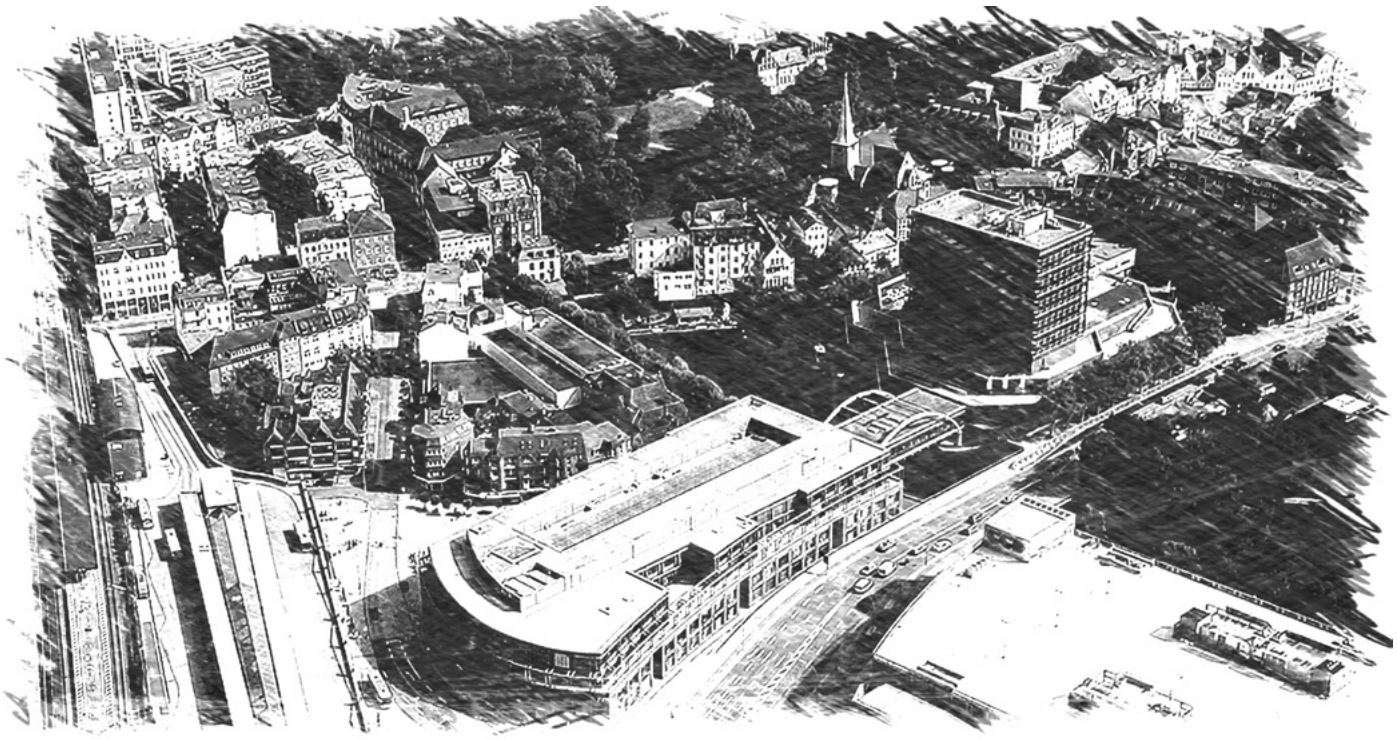
Das zeigt nochmal deutlich: Jugendliche aus politikfernen Haushalten brauchen eine gezielte Ansprache und Unterstützung, andernfalls wird die soziale Spaltung bei politischem Interesse und Engagement zementiert und sogar verstärkt. Junge Wähler müssen auf ihre ersten Wahlen vorbereitet werden – durch aktivierende Maßnahmen in Schulen, aber natürlich genauso durch nachhaltige außerschulische Aktionen und Projekte zur Jugendbildung und zur Förderung demokratischer Werte. Gelingt dies, dann steigt nicht nur die Gesamtwahlbeteiligung, sondern es sinkt auch die soziale Spaltung der Wahlteilnahme.



Wählen ab 16

Ein Beitrag zur nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung
Autoren: Robert Vehrkamp, Niklas Im Winkel und Laura Konzelmann
Für Rückfragen und Bestellungen:
sandra.stratos@bertelsmann-stiftung.de | T.: (05241) 81-81403

Blick nach Bergedorf: Zur Praxis des bezirklichen Partizipationsgebotes



Von Regine Schilde, Integrierte Sozialplanung, Fachamt Sozialraummanagement im Bezirksamt Bergedorf (Für die bezirkliche AG zur Umsetzung des § 33 BezVG – Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Bergedorf)

In der letzten punktum-Ausgabe war die Partizipation junger Menschen in den Hamburger Bezirken Titelthema und zeigte im Überblick Perspektiven und Problemfelder auf. Doch wie sieht die Praxis vor Ort aus? Dazu ein exemplarischer Blick nach Bergedorf.

Vorgeschichte und Startschuss. Im Bezirk Bergedorf gibt es seit mehreren Jahren verschiedene Beteiligungsformate für junge Menschen, sowohl in Form von Kinderkonferenzen als auch bei Planungen und Umsetzungen von Kinderspielplätzen oder Skateanlagen. Gleichwohl wurden in einem Workshop im Jahr 2013 gemeinsam mit Bezirkspolitik, Bezirksverwaltung, Jugendhilfe, Jugendlichen aus Jugendhilfeeinrichtungen, dem Kreisschülerrat und Vertreter/innen verschiedener Schulen Bergedorfs die Möglichkeiten einer verbindlichen und regelhaften Umsetzung des § 33 Bezirksverwaltungsgesetzes diskutiert: »Das Bezirksamt muss bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen.«

Im Anschluss an diesen Workshop und mit Beschluss der Bezirksversammlung konstituierte sich die bezirkliche Arbeitsgruppe Partizipation mit dem Ziel, verbindliche Rahmenbedingungen und Verfahren zu entwickeln, die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an bezirklichen Planungen gewährleisten können. In dieser Arbeitsgruppe sind regelhaft aktiv die Vertreter/innen der Bergedorfer Bezirkspolitik aus SPD (Jugendhilfeausschussvorsitzende), CDU, Die Grünen, Die Linke und ein jugendpolitischer Ansprechpartner aus Jugend im Parlament, aus der Jugendhilfe Vertreter/innen der offenen Kinder und Jugendarbeit oder Vertreter/innen aus der Verwaltung, insbesondere Stadtplanung, Öffentlicher Raum, Sport und Integrierte Sozialplanung. Kooperationspartner dieser Arbeitsgruppe sowie für die derzeitigen Beteiligungsvorhaben sind vor allem Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Einrichtungen der Kindertagesbetreuung sowie Bergedorfer Schulen.

Verankerungen. Zu den Rahmenbedingen und Verfahren gehören inzwischen:

- Die Vereinbarung zur Umsetzung des § 33 BezVG, welche vom Vorsitzenden der Bezirksversammlung Bergedorf und dem Bezirksamtsleiter Bergedorf unterzeichnet wurde und die mit einem gemeinsamen Bekenntnis beginnt: *»Die Umsetzung des § 33 BezVG ist ein gemeinsamer Prozess aller im Bezirksamt verantwortlichen Akteure in Verwaltung und Politik.«*
- Das Engagement der Bergedorfer Bezirksversammlung (BV) sowie des Bergedorfer Jugendhilfeausschusses unterstützt den Prozess der Umsetzung des § 33 BezVG. Nachzulesen sind die hierzu getroffenen Beschlüsse der BV (Arbeitsgruppe, Haushaltsmittel, Jugend im Parlament) in den Drucksachen der Bezirksversammlung Bergedorf.
- Die Handreichung zur Anwendung von Qualitätsstandards bei der Umsetzung von Partizipationsprojekten.

Das Bergedorfer Jugend im Parlament fand am 15. April 2014 im Bergedorfer Rathaus statt.

Gestaltet wurde der Tag von jugendpolitischen Sprechern/innen der SPD, CDU, Grünen und Linken aus der Bezirksversammlung Bergedorf. Dabei waren etwa 50 Jugendliche im Alter von 15 bis 20 Jahren. Nach der Begrüßung im Plenarsaal der Bezirksversammlung wählten die Jugendlichen ein Präsidium. Anschließend wurden die Jugend-Fachausschüsse: Stadtplanung, Verkehr und Soziales und Integration gebildet. Jeweils zwei der Jugendpolitiker begleiteten diese Fachausschüsse. Die Ergebnisse wurden und werden nun in den regulären Fachausschüssen der Bezirkspolitik beraten und entschieden. Geplant ist eine zweijährige Regelmäßigkeit dieser Veranstaltung, so findet in der zweiten Jahreshälfte 2016 erneut diese Veranstaltung statt.

Offenes Forum. Im Jahr 2014 fand zudem ein Jugendworkshop im Haus der Jugend Lichtwarkhaus statt. In diesem Workshop wurden junge Menschen über verschiedene bezirkliche Beteiligungsprojekte im Jahr 2014 informiert und anschließend gebeten, ihre Vorstellungen von Beteiligung zu erörtern. Dabei ging es um das »Wie« der Beteiligung, also beispielsweise um den zeitlichen Rahmen, die Möglichkeiten der Mitsprache und Mitentscheidungen oder die Formen der Informationen und Einladungen. 70 Jugendliche im Alter von etwa 15 bis 19 Jahren nahmen am Workshop teil. Nach diesem Workshop gründete sich eine Website-Gruppe und stellte hier auch die Dokumentationen zu den verschiedenen Veranstaltungen und Workshops ein: http://www.jugendbeteiligung-bergedorf.de/. Zurzeit werden allerdings wieder neue Redakteure/innen gesucht.

Stadtplanung: Bergedorf macht blau – Jugendbeteiligung Bergedorfer Hafen. Die Sicht der Jugendlichen auf die Potenziale des Serrahns – des Bergedorfer Hafens – sollte in das Zukunftsbild für dieses Gebiet einfließen. An zwei Nachmittagen entwickelten und diskutierten Schüler und Schülerinnen der Stadtteilschule Bergedorf ihre Nutzungs- und Gestaltungswünsche. Für die verschiedenen Schwerpunkträume wurden hier auch schon erste Ideen gesammelt, die bei der zweiten Session nach einer gemeinsamen Diskussion gestalterisch am Modell umgesetzt wurden. Möglichst alle Beiträge der Beteiligung an dem Stadtplanungsprozess, Jugendbeteiligung, Bürgeranhörungen, online-Abfragen, sollen in einem stimmigen Zukunftsbild vereint werden. Das ist die Grundidee von Serrahn 2030. Im Jahresbericht 2014 zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Bergedorf finden sich verschiedene weitere Beteiligungsprojekte in Bergedorf.

Es geht weiter. Auch im Jahr 2015 fand ein Jugendworkshop in den Räumen des Haus der Jugend Lichtwarkhaus zum Thema »Wo und wie ist Beteiligung in Bergedorf möglich?« statt. Den Workshop-Teilnehmer/innen wurden die Entwicklungen der Website zur Jugendbeteiligung sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten eines gewählten Jugendvorstandes einer Bergedorfer Jugendeinrichtung vorgestellt. Zusätzlich präsentierte der Jugendbeirat aus Ahrensburg beispielhaft seine Arbeit. Der Kinder- und Jugendbeirat Ahrensburg ist ein gewähltes Gremium, welches regulär Mitsprache in der Ahrensburger Kommunalpolitik ausübt. In den vier Arbeitsgruppen wurden weitere Beteiligungsmöglichkeiten anhand konkreter Themen bzw. Anlässe gemeinsam erörtert. Themen waren: Wie soll Jugendarbeit in Bergedor-Kern aussehen und wo wäre der ideale Standort? Engagement Flüchtlinge – wie informiere ich mich, wie kann ich mitmachen? Planungsvorhaben neue Schule; neues Jugendangebot – Kirchwerder?
Kulturelle Jugendangebote – wie, was & wo? Insgesamt nahmen 80 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren an dem Workshop teil. Hierzu gibt es ebenfalls eine Dokumentation.
Der Jahresbericht 2015 ist zurzeit in Arbeit, wie auch Beteiligungsprojekte für das Jahr 2016.

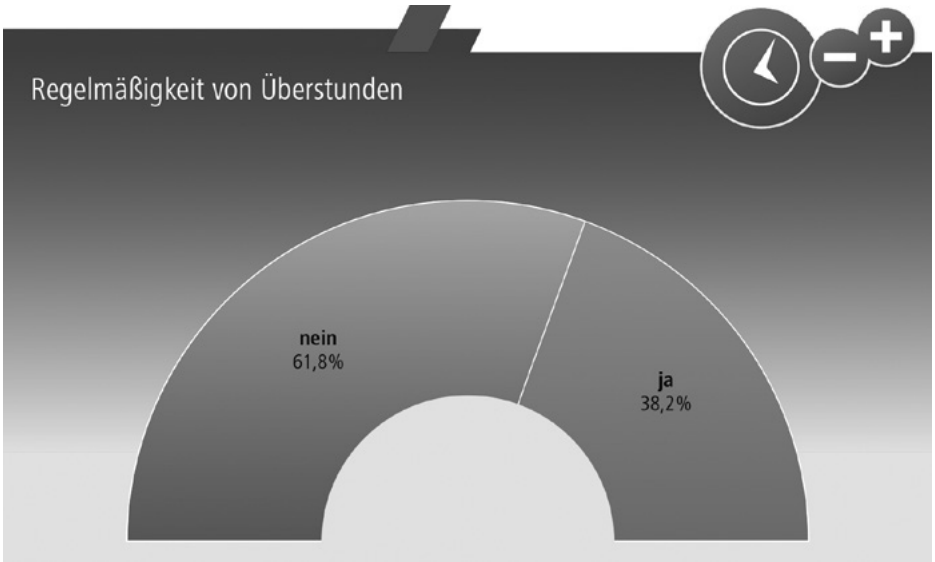
Info:
Alle Dokumentationen sind erhältlich über regine.schilde@bergedorf.hamburg.de; Bezirksamt Bergedorf, T.: (040) 42891 2272

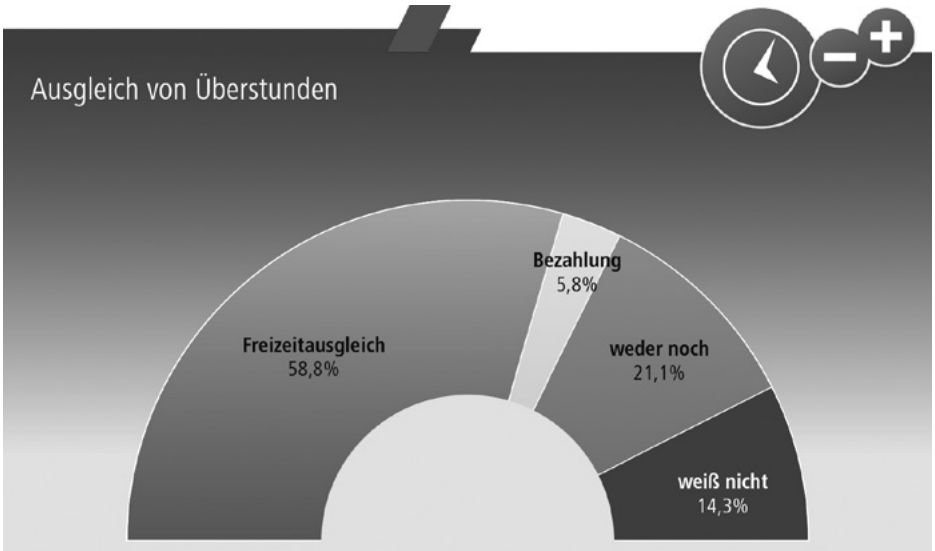
Zur Situation der Ausbildung und den Betriebspraktika

Der Ausbildungsreport Hamburg der DGB-Jugend 2016

Von Christian Kröncke, DGB-Jugend Nord / Hamburg

Die DGB-Jugend ist ein Jugendverband, der den Interessen junger Menschen im Bereich Praktikum, Ausbildung und Beruf eine Plattform bietet und für sie eintritt. Wir sind die Experten/innen für alle Fragen, die sich um das Thema Arbeit drehen – sowohl im Betrieb als auch außerhalb dessen. Als Interessenvertretung junger Arbeitnehmer/innen üben wir Druck auf Politik und Unternehmen aus. Wir setzen uns zum Beispiel dafür ein, dass es genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen gibt und dass diese fair gestaltet sind und angemessen entlohnt werden. Ein Instrument dafür ist auch der Ausbildungsreport, der aktuell in der zweiten Auflage für Hamburg vorliegt.



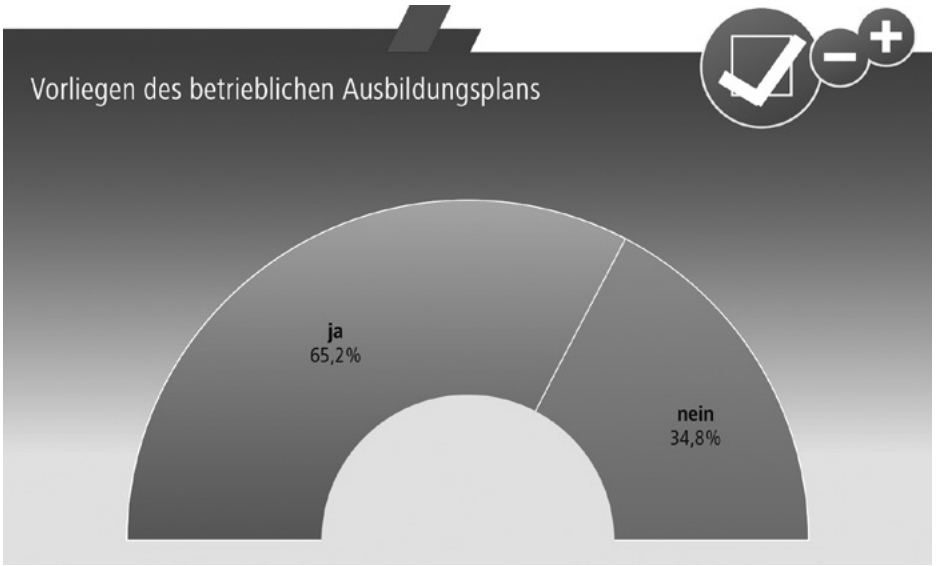


Als Dachverband eint die DGB-Jugend alle jungen Gewerkschaftsmitglieder ihrer acht Mitgliedsgewerkschaften[1]. Das sind bundesweit mehr als 500.000 Menschen bis 27 Jahre. In den Gewerkschaften können junge Menschen in unseren Gremien sowie Projekt- und Aktionsgruppen aktiv werden: Auszubildende, Schüler/innen, Studierende, Praktikanten/innen, junge Menschen, die arbeitslos sind – alle haben die Möglichkeit, Mitglied zu werden und sich an der Arbeit der Gewerkschaftsjugend zu beteiligen.
Damit wir für die Durchsetzung von Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen junger Menschen gute Argumente in der Hand haben, ist es notwendig, die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen zu analysieren. Genau dies machen wir mit der Veröffentlichung des Hamburger Ausbildungsreportes. Bereits zum zweiten Mal nach 2012 haben wir im Februar 2016 unseren länderspezifischen Ausbildungsreport herausgebracht. Für den Ausbildungsreport befragten wir 3400 Hamburger Auszubildende aus 43 Ausbildungsberufen unterschiedlichster Branchen.
Die Befragung zur Ausbildungsqualität ergab, dass fast zwei Drittel der Auszubildenden mit ihrer Ausbildung insgesamt zufrieden sind. Dem gegenüber stehen allerdings zum Teil unzureichende, inakzeptable Ausbildungsbedingungen. Einige zentrale Ergebnisse sind folgende:

- **Arbeitszeiten und Überstunden:**
13,4 Prozent der Auszubildenden sagen aus, dass sie wöchentlich mehr als 40 Stunden arbeiten. 38,2 Prozent der Auszubildenden leisten regelmäßig Überstunden, von denen nur 64,6 Prozent überhaupt einen Ausgleich für die Überstunden in Form von Freizeit oder Bezahlung erhalten.

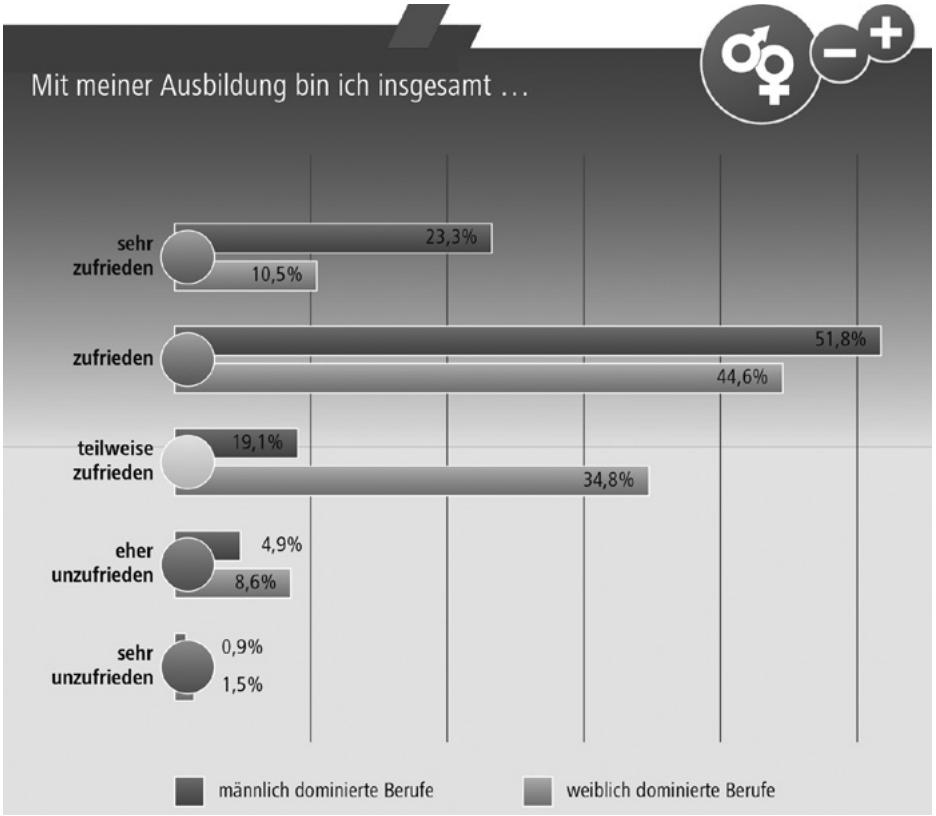
Der Ausbildungsreport Hamburg der DGB-Jugend ist unter folgendem Link herzunterzuladen oder als Broschüre bei der DGB-Jugend Hamburg bestellbar:
http://nord-jugend.dgb.de
Bestellungen bitte unter Angabe von Kontaktdaten und Anzahl der Exemplare über Jugend.Nord@DGB.de durchführen.

[1] junge GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), EVG Jugend (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft), junge IG BAU (Industriegewerkschaft Bauen – Agrar – Umwelt), IG Metall Jugend (Industriegewerkschaft Metall), IG BCE Jugend (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie), junge Gruppe der GdP (Gewerkschaft der Polizei), junge NGG (Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten), ver.di Jugend (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft)



- **Ausbildungsplan und Ausbildungsnachweis:** 34,8 Prozent der Auszubildenden liegt kein betrieblicher Ausbildungsplan vor, obwohl dies vorgeschrieben ist. Dieser Ausbildungsplan schreibt den zeitlichen Ablauf der zu lernenden Inhalte verbindlich fest und gibt eine Orientierung darüber, zu welchem Zeitpunkt etwas zu lernen ist. Dies sichert unter anderem die Qualität der Ausbildung. Wichtig ist: Auszubildende sollten ihr Berichtsheft[2] unter Anleitung und Hilfestellung der Ausbilder/innen während der Arbeitszeit schreiben, um Lernprozesse durch Eigen- und Fremdeinschätzung reflektieren zu können.

- **Zufriedenheit:** Die Zufriedenheit mit der Qualität der Ausbildung hängt neben den Faktoren Betreuung, Interessenvertretung[3] und Belastung auch von der Frage ab, ob der Ausbildungsberuf ein Wunschberuf oder eine Notlösung ist. Die Ergebnisse zeigen, je weniger der realisierte Ausbildungsberuf den Berufswünschen der Auszubildenden entspricht, desto unzufriedener sind diese mit ihrer Ausbildung und desto wahrscheinlicher wird ein Wechsel in ein anderes Berufsfeld.



56 Fragen zur Ausbildung umfasst der Fragebogen, auf die uns die Berufsschüler/innen eine

Tipps für die Suche nach einem Betriebspraktikum

Besser schlau sein! Erkundige dich, wie viele und welche Berufe es gibt – in Hamburg sind es über 200 – und entscheide erst dann, in welchem Bereich du ein Praktikum machen möchtest.

Gib Vorurteilen den Laufpass! Es gibt keine Berufe, die ausschließlich Frauen oder Männern vorbehalten sind. Triff deine Wahl nicht aufgrund von Erzählungen darüber, wie viele Frauen oder Männer dies machen oder was derzeit »angesagt« ist. Entscheidend ist, für was du dich interessierst und was du ausprobieren möchtest. Deine Hobbys oder ein besondere Fähigkeit könnten dir z. B. einen Hinweis darauf geben.

Betreuung juchhe, Ignoranz ade! Achte bei der Suche nach einen Praktikumsbetrieb darauf, ob es einen Ausbilder bzw. eine Ausbilderin gibt und/oder ob ein Betriebsrat (BR) bzw. eine Jugendauszubildendenvertretung (JAV) vorhanden sind. Dort, wo du dies vorfindest, sind Praktikum und Ausbildung besser. Das haben unsere Ausbildungsreporte gezeigt.

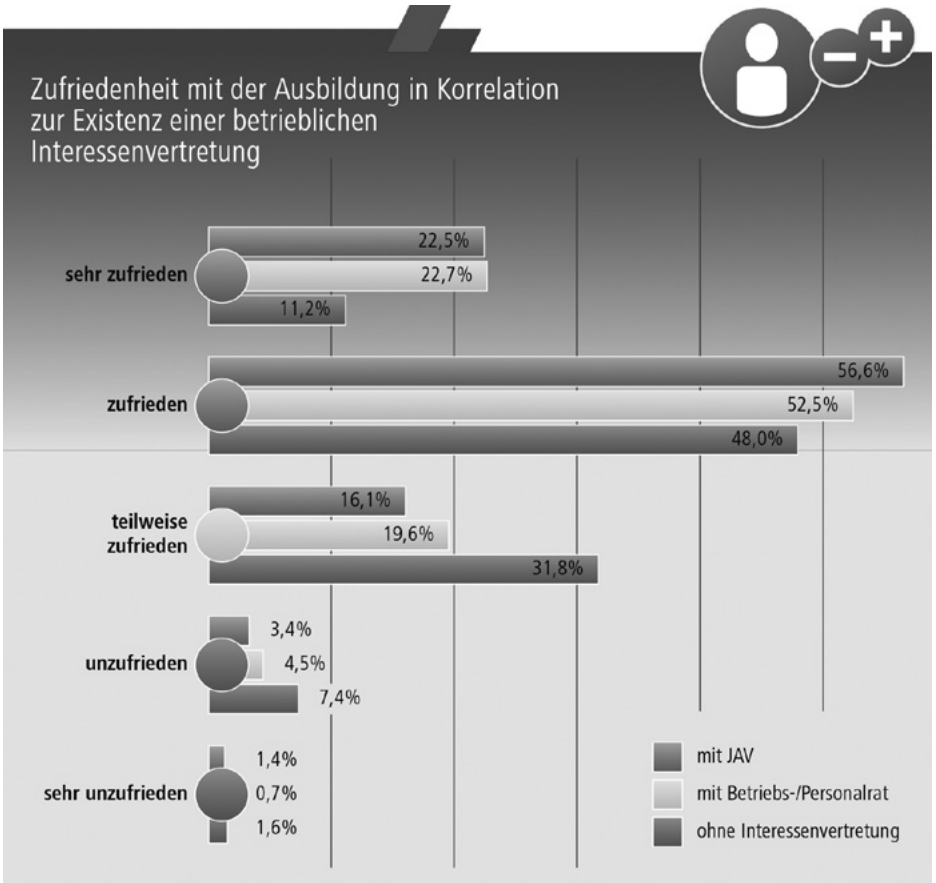
Vertrag ist Vertrag: Achte darauf, dass du einen ordentlichen Praktikumsvertrag unterzeichnest, worin genau beschrieben ist, wann du arbeiten musst, was der Betrieb erfüllen muss, ob du eine Vergütung erhältst (beim Schulpraktikum i. d. R. nicht) usw.. Einen solchen Vertrag solltest du von deinem Lehrer bzw. deiner Lehrerin erhalten – falls nicht, fordere dies ein. Einen Beispielvertrag findest du auf unserer Homepage unter dem Reiter »DGB-Jugend« / »Dein Praktikum«: http://jugend.dgb.de/dgb_jugend/dein-praktikum

Erst das Praktikum, dann die Ausbildung: Weitere Informationen zu deinen Rechten in der Ausbildung sowie Tipps und Tricks für die Ausbildung erhältst du ebenfalls auf unserer Homepage unter dem Reiter »Deine Ausbildung«: http://jugend.dgb.de/ausbildung

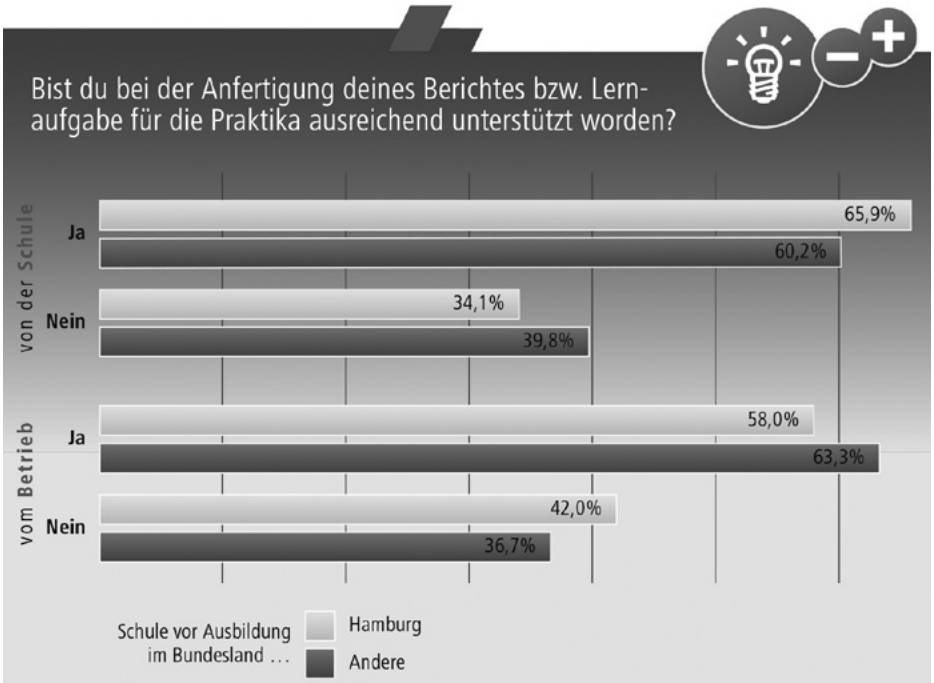
---

[2] Das Berichtsheft ist der Ausbildungsnachweis für die Berufsausbildung und die Azubis sind verpflichtet, dies zu führen. Dieser Nachweis ist entscheidend dafür, ob man zur Prüfung zugelassen wird oder nicht.

[3] Mit Interessenvertretung ist eine Jugendauszubildendenvertretung gemeint. Sie kümmert sich um die Belange der Azubis im Betrieb und verteidigt dich zusammen mit dem Betriebsrat (BR) gegenüber dem Chef bzw. der Chefin.



Rückmeldung zu ihrer Ausbildungsplatzsituation geben. Neben einem allgemeinen Teil stellen wir auch immer Schwerpunkte der Befragung heraus. Im Hauptteil erhielten wir Antworten auf die fachliche Qualität der Ausbildung im Betrieb, Ausbildungszeiten und Überstunden, Ausbildungsvergütung und die persönliche Beurteilungen der Ausbildung durch die Azubis.



Eine der beiden Sonderauswertungen stellt geschlechtsspezifische Unterschiede in der Bewertung der Ausbildung dar.

- **Ausbildungsbedingungen:** Ein Ergebnis dieser Auswertung nach Geschlechtern ist, dass wir massive Unterschiede in der Zufriedenheit zwischen männlich und weiblich dominierten Berufen feststellen. So liegt der Anteil der »zufriedenen« und »sehr zufriedenen« Auszubildenden in den männlich dominierten Ausbildungen mit 75,1 Prozent deutlich über dem der weiblich dominierten Berufe (55,1 Prozent).

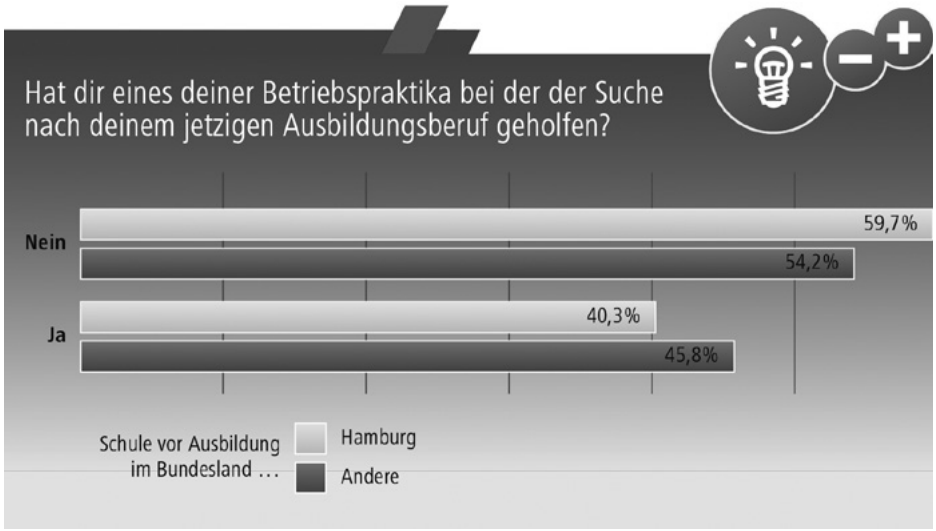
Die zweite Sonderauswertung befasst sich mit der Situation der Betriebspraktika, die während der Schulzeit vor der Berufsausbildung verpflichtend von allen Hamburger Schüler/innen absolviert werden müssen. Diese Betriebspraktika sind zentraler Bestandteil der Berufsorientierung für jede/n Schüler/in. Sie sollen folglich dazu beitragen, dass jede/r den für sich passenden Beruf erkundet und eine Berufswahlentscheidung nach dem Abschluss der Schule fällt. In Hamburg müssen alle Schüler/innen zwei dieser Praktika in der 9. Klasse absolvieren. Ein wichtiger Bestandteil dieser Praktika ist die »besondere betriebliche Lernaufgabe« oder der »Praktikumsbericht«, die in der Regel später in die Note einfließen[4].

- **Bedeutung der Betriebspraktika für die Berufswahl:** Die DGB-Jugend wollte nun wissen, wie die Berufsschüler/innen ihr Betriebspraktikum während der Schulzeit bewerten und wie viel es zur Wahl des Ausbildungsberufes beigetragen hat. Fast 60 Prozent der befragten Hamburger/innen sagten aus, dass ihnen die Betriebspraktika bei der Suche ihres jetzigen Ausbildungsberufes nicht geholfen hatten. Zudem sagte fast die Hälfte (46,1 Prozent) von ihnen aus, dass sie die Tagesabläufe im Betrieb uninteressant fanden und ihnen der Beruf nicht gefiel. Für jeden Fünften gab es keine Einbindung im Betrieb und es durfte nichts gemacht werden.

- **Unterstützung durch Schule und Betrieb während der Betriebspraktika:** Die Betreuung während der Praktika ist das A und O für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Beruf und des Erstellens des Berichtes bzw. der betrieblichen Lernaufgabe. Hier sagten jedoch nur 65,9 Prozent der Schüler/innen, dass sie von der Schule unterstützt wurden. Die Unterstützung durch den Betrieb fällt mit 58,0 Prozent sogar noch geringer aus.

[4] Näheres zum Betriebspraktikum ist im Praktikumsleitfaden für Schüler/innen nachzulesen: http://li.hamburg.de/zsw/material/4145796/artikel-leitfaeden ; (Behörde für Schule und Berufsbildung (Hrsg.): Das Praktikum der Stadtteilschule – Leitfaden für Schülerinnen und Schüler, Hamburg, November 2013).

Die DGB-Jugend hat aufgrund dieser Ergebnisse Forderungen entwickelt, die wir an die Politik und die Wirtschaft stellen, damit Missstände beseitigt werden. Zentral ist jedoch, dass sowohl in der Ausbildung als auch im Betriebspraktikum die Betreuung sichergestellt sein muss, um die Qualität zu gewährleisten. Da wir aufgrund des Ausbildungsreports etliche Verstöße gegen gültige Gesetze feststellen (z. B. bei sehr langer Arbeitszeit – insbesondere bei unter 18-Jährigen, dem fehlenden Ausgleich von geleisteten Überstunden oder der mangelhaften Betreuung durch den/die Ausbilder/in), müssen die gültigen Gesetze zum Schutze der Jugend und jungen Generation eingehalten und bei Verstößen durch die Betriebe auch Sanktionen folgen.



»Frieden jetzt!«

Serie WirkungsStätten: Von Bildungsarbeit bis zur Straßenaktion – die DIDF-Jugend Hamburg ist ein politisch engagierter Jugendverband

Von Vera Gasber, Hamburg

Der Veranstaltungskalender der DIDF-Jugend ist im März mit Aktionen und Seminaren gut gefüllt: Zwei Infostände auf dem Altonaer Spritzenplatz, ein Demo-Aufruf, mehrere Seminarabende, so zum Thema »Krieg in Syrien und die deutsche Beteiligung«, aber auch ein Musikabend sowie eine Feier zum internationalen Frauentag – und schließlich ein »Sternencamp« für Kinder von neun bis 13 Jahre über Ostern. So sieht politisch engagierte Jugendverbandsarbeit aus. Nun ist die DIDF-Jugend Mitglied des Landesjugendrings Hamburgs geworden. punktum hat die DIDF-Jugend Ende Februar auf einer Demo gegen die Politik des türkischen Präsidenten Erdoğan und das militärische Vorgehen gegen die kurdische Bevölkerung im Osten der Türkei begleitet.

»Öffnet die Grenze. Kobane muss leben!« Immer wieder werden Sprechgesänge angestimmt. »Schluss mit dem Massaker.« Die Stimmung ist gelassen, die politische Motivation ernst. Entsetzen herrscht bei den Demonstranten einerseits über die bürgerkriegsähnliche Lage in den kurdischen Gebieten der Türkei, Trauer um die Opfer und Wut andererseits auf die Politik Erdoğans wie über das Wegschauen der europäischen Regierungen. An diesem Samstagnachmittag haben sich mehrere hundert Menschen am Hamburger Hauptbahnhof versammelt; ein breites Bündnis politischer Gruppierungen, darunter die DIDF-Jugend, hat zur Demo aufgerufen. Mit Bannern und Plakaten ziehen die Demonstranten los durch die Innenstadt, um für Frieden in der Türkei zu demonstrieren. Sie sind gekommen, um ein Zeichen zu setzten. Gegen Gewalt, gegen Demokratieabbau, gegen die Ausschaltung der freien Presse, gegen die Missachtung von Menschenrechten in der Türkei.

Brückenschlag. »Merkel leistet Rückendeckung für Ankara in der EU und ist deshalb

DIDF-Jugend
Eiffestraße 16 | 20537 Hamburg
T. (040) 28 47 09 60 | hamburg@didf-jugend.de | de-de.facebook.com/DidfJugendHamburg

mitverantwortlich für die Situation in der Türkei«, erläutert der Vorsitzende der DIDF-Jugend Sedat Kaya. Sein thematischer Brückenschlag ist bezeichnend für das Engagement der DIDF-Jugend: Die politische Lage in der Türkei und in Deutschland stehen gemeinsam in ihrem Blickfeld. Das Land ihrer Eltern oder Großeltern und das Land, in dem sie leben. Die DIDF-Jugend ist die seit 20 Jahren selbständige und bundesweit aktive Jugendorganisation der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine (Demokratik Işçi Dernekleri Federasyonu, DIDF), einem 1980 gegründeten Dachverband von Arbeiter- und Kulturvereinen, zu dem hauptsächlich türkische und kurdische Migranten zählen.

In Hamburg wurde die DIDF-Jugend erst 2010 gegründet. Die Zielgruppe des Verbandes sind Jugendliche zwischen zehn bis 27 Jahren. Die meisten der rund 60 Mitglieder haben einen türkischen Migrationshintergrund, aber man sei offen für alle, versichert Emre Ögüt, ein Vorstandsmitglied der Hamburger DIDF-Jugend, nachdrücklich. Er studiert Fahrzeugbau und weiß, wie schwer das Leben als Migrant manchmal sein kann: »Die Unterschiede zur etablierten Bevölkerung sind einfach sehr groß. Die soziale Schere geht immer weiter auseinander. Deswegen bin ich für mehr Gerechtigkeit und Verteilung.« Und Sedat ergänzt: »Wir wollen, dass Deutsche und Migranten zusammenwachsen und nicht gespalten werden. Denn Spaltungen gibt es nicht zwischen Ethnien sondern zwischen den sozialen Schichten – von oben nach unten.« Dies sei eines der Motive, warum er sich persönlich engagiere. Die DIDF-Jugend möchte einfach ein Teil der deutschen Bevölkerung sein und mit anderen Jugendverbänden gemeinsam etwas für Jugendliche erreichen. Daher hatte die DIDF-Jugend den Aufnahmeantrag beim Landesjugendring gestellt und wurde bei der letzten Vollversammlung als 18. Mitglied aufgenommen. Das ist ein wichtiger Schritt zur Vernetzung, ist sich Sedat sicher.

Politische Bildung und Aktion. Wer auf die Facebook-Seite der DIDF-Jugend Hamburg schaut, erhält einen Überblick ihrer vielfältigen Aktivitäten. »Schülerdemo für Bleiberecht« von Refugees – die DIDF-Jugend war im letzten Dezember mit dabei und forderte per Flugblatt: »Nicht Geflüchtete, sondern Fluchtursachen bekämpfen!« Im Text heißt es: »Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Der nahe Osten versinkt mit den Waffen aus dem Westen im Chaos. Der Hamburger Hafen dient dabei als Drehkreuz des internationalen Waffenhandels.« Ebenso mobilisierte die DIDF-Jugend für die Ablehnung der Olympiabewerbung Hamburgs beim Referendum im November oder brachte im Juni letzten Jahres streikenden Postlern am Diebsteich Lahmacun und Ayran. Schließlich: »Mit leerem Magen streikt es sich nun mal nicht gut!« Diese und weitere Aktionen gehen einher mit Seminaren und Diskussionsveranstaltungen. Jährliches Highlight ist das bundesweite Sommercamp der DIDF-Jugend: Zuletzt in 2015 kamen über 200 Jugendliche im österreichischen Kärtnen zusammen, um über Themen wie »Die EU und die Griechenlandkrise«, die Konflikte in der Ukraine, die NSU-Morde oder über das Freihandelsabkommen TTIP zu diskutieren.

Trotz Kälte. Nach langem Marsch durch die Hamburger Innenstadt biegt die Menschenmenge um die nächste Kurve und macht Halt vor dem Türkischen Konsulat. Sedat und Emre halten weiter mit anderen DIDF'lern das Banner hoch. »Stoppt das Massaker in Kurdistan! Frieden jetzt sofort!« Sie werden nicht müde. Zumal Erfahrungen mit dem brutalen Vorgehen türkischer Staatsorgane nicht fern sind. Emre: »Nach einem Anschlag gab es in Istanbul Hausdurchsuchungen. In einer der gestürmten Wohnungen wohnte die Cousine eines DIDF-Mitgliedes. Sie habe die Polizisten lediglich darauf aufmerksam gemacht, dass sie bitte die Schuhe ausziehen sollen. Sie hat ihnen sogar Pantoffeln angeboten. Daraufhin wurde sie aus nächster Nähe in die Brust geschossen. Einfach so. Ohne Grund. Die Verletzungen waren zu schwer. Sie starb daran.«

Auf die Frage, was er sich für die Zukunft wünsche, zögert Emre: »Ich weiß, dass es unrealistisch ist. Aber ich hoffe auf das Beste. Und das ist Frieden.«

Serie: WirkungsStätten

Die Jugendverbände in Hamburg stellen vielfältige Freizeit- und Bildungsprogramme auf die Beine: von wöchentlichen Gruppenstunden und Seminaren bis hin zu wochenlangen Ferienfreizeiten. punktum porträtiert in dieser Serie Jugendverbände, ihre WirkungsStätten und schaut auch über den Tellerrand auf andere Formen der Jugendarbeit. Alle bisherigen Reportagen finden sich online unter: www.ljr-hh.de/wirkungsstaetten

Nachrichten …

Junge Briefmarkenfreunde feiern

60 Jahre: Briefmarken sammeln und tauschen

Mit einer Briefmarken-Ausstellung vom 8. bis 10. April 2016 im Sport- und Freizeitzentrum des HT16 (Sievekingdamm 7, 20535 Hamburg) feiern die Jungen Briefmarkenfreunde ihren 60. Geburtstag. Das abwechslungsreiche Programm findet sich unter www.arge-hbsv.de

Landesförderplan: BASFI lädt Jugendverbände zum Austausch

Der Landesförderplan »Familie und Jugend« (LFP) ist die städtische Förderrichtlinie für die Bereiche Familien- und Jugendhilfe. Zum einen regelt der LFP die Förderung von sozialpädagogischen Maßnahmen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie von Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit, zum anderen ist darin auch die Förderung der Jugendverbandsarbeit in Hamburg festgeschrieben. Somit ist der LFP für Jugendverbände eine wichtige Grundlage ihrer pädagogischen Arbeit.

Von Amtswegen wird diese Förderrichtlinie alle vier Jahre überarbeitet und nach Beratungen im Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) beschlossen. Angestoßen und koordiniert wird dieser Prozess der sogenannten Fortschreibung des LFP von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (kurz: BASFI). Ende März 2016 wird der LJHA über einen überarbeiteten LFP-Entwurf entscheiden, der ab 2017 in Kraft treten soll. In diesem Entwurf ist zunächst vorgesehen, den Teil des LFP, in dem es um die Förderung der Jugendverbände geht (bisher Teil I-B), nahezu unverändert in den neuen LFP zu übernehmen (Beschluss zu Redaktionsschluss noch ausstehend).

Dieser die Jugendverbände betreffende Teil soll dann noch einmal in einem gesonderten Verfahren überarbeitet werden, in dem sich die Hamburger Jugendverbände aktiv beteiligen sollen. Hierzu lädt die BASFI nun alle interessierten Verbände und Gruppen zu einem Gespräch ein. Hierbei wird es neben einem Erfahrungsaustausch darum gehen, »erste Änderungsvorschläge aufzunehmen und ein Verfahren für den weiteren Austausch zu vereinbaren«, so Beate Klipp (BASFI) in ihrem Einladungsschreiben.

Einige Jugendverbände hatten sich bereits im Februar getroffen, um über die Fortschreibung des LFP und das Thema Bürokratieabbau zu sprechen. Mit der Einladung der BASFI besteht jetzt die Möglichkeit, die Kritikpunkte von Jugendverbandsseite im direkten Austausch mit Behördenvertreter/innen zu erörtern und Vorschläge für Verwaltungsvereinfachungen gemeinsam zu diskutieren.

Termin: Mittwoch | 13. April 2016 | 18.30 – 20.30 Uhr

Ort: Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration | Hamburger Straße 41 | Multifunktionsraum (Raum M)

Anmeldung: bis zum 4. April 2016 an Frau Dr. Hecker | kristin.hecker@basfi.hamburg.de

Save the Date: Fachtag zur Arbeit mit Geflüchteten

Der Deutsche Bundesjugendring lädt am 31. Mai 2016 nach Berlin zum Fachtag zur Arbeit von Jugendverbände und -ringen mit Geflüchteten ein. Der Fachtag dient der Zusammenstellung und Diskussion der vielfältigen Initiativen von Jugendverbänden und -ringen zur Arbeit mit Geflüchteten. Vor allem soll der Fachtag daher Möglichkeiten bieten, um gemeinsam ins Gespräch darüber zu kommen, welche Chancen und Herausforderungen die Arbeit für Jugendverbände sowohl kurzfristig als auch langfristig perspektivisch bietet.

Tagungsort: Berliner Stadtmission, Lehrter Str. 68, 10557 Berlin

Info: Andrea Köhler | T. (030) 400 40 413 | andrea.koehler@dbjr.de | Christian Weis | T. (030) 400 40 414 | christian.weis@dbjr.de

Dokumentation »zusammen|wachsen – Kulturelle Vielfalt in der Jugendverbandsarbeit stärken und gestalten«

Beim Fachtag des Landesjugendrings Hamburg drehte sich alles um die interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit – oder anders gesagt, um das Zusammenwachsen und gemeinsame Wachsen von bzw. in Jugendverbänden. Der Tag steckte voller Anregungen und Denkanstöße durch fachliche Inputs, gab aber auch viel Raum zum Austausch über bisherige Erfahrungen und Handlungsansätze in einzelnen Verbänden und über Fragestellungen und Ideen für die Zukunft. In der Dokumentation sind alle Vorträge sowie zentralen Diskussionen und Ergebnisse zusammengetragen und kann heruntergeladen werden unter www.ljr-hh.de/projekt-interkulturelle-oeffnung/einblicke.

Anzeige

Der Spaß am Job, ein perfekter Arbeitsablauf und ein gelungenes Produkt sind für uns Motivation genug, jeden Tag kompetent und engagiert Ihre Aufträge umzusetzen.

Nehr Offsetdruck Media
Antonie-Möbis-Weg 3 · 22523 Hamburg
Telefon 040 / 57 19 73-0 · Telefax 040 / 571 09 62

Alternative Stadtrundfahrten
Hamburg im Nationalsozialismus – Verfolgung und Widerstand

Die Alternativen Stadtrundfahrten zum Thema »Hamburg im Nationalsozialismus – Verfolgung und Widerstand« sind ein Angebot zur politisch-historischen Jugendbildung vom Landesjugendring Hamburg. Mit Stadtrundfahrten und -rundgängen klären wir über Ideologie und Verbrechen des Nationalsozialismus auf, benennen Täterschaften und berichten vom Widerstand. Indem wir historisch relevante Orte aufsuchen, wird die NS-Geschichte anschaulich und kritisch vermittelt. Wir wollen zudem gemeinsam mit den Teilnehmenden Formen der Erinnerungskultur hinterfragen, ihnen Denkanstöße geben und für aktuelle gesellschaftliche Probleme sensibilisieren.

Stadtrundfahrten

Abseits
Hamburger Fußball im Nationalsozialismus

Medizin und Euthanasie
Eine unheilige Allianz im Nationalsozialismus

Stationen der Vernichtung
KZ-Gedenkstätte Neuengamme und Gedenkstätte am Bullenhuser Damm

Stadtrundgänge

Hamburger Theater im »Dritten Reich«
Zwischen Staatskunst und Widerstand

Harburg im Nationalsozialismus
Ein Stadtteilrundgang

»Homosexuelles Treiben«
Die Verfolgung von Hamburger Lesben und Schwulen im Nationalsozialismus

Jüdisches Leben am Grindel
Auf den Spuren von Vergangenheit und Gegenwart

NS-Menschenversuche
Die Gedenkstätte für die Kinder vom Bullenhuser Damm

Swing-Jugend in Hamburg
Eine Subkultur im Nationalsozialismus

Verfolgung und Widerstand
Ein Rundgang in der Hamburger Innenstadt

Wilhelmsburg im Nationalsozialismus
Ein Stadtteilrundgang

Stadterkundung

Alternative Stadterkundung
Spurensuche rund um das Hamburger Rathaus

Zielgruppe unserer Angebote sind junge Menschen ab 14 Jahren. Die Alternativen Stadtrundfahrten richten sich an Jugendverbände, Gruppen außerschulischer Einrichtungen und Schulklassen aller Schulformen. Die Touren können nach Terminwunsch beim Landesjugendring gebucht werden.

Kosten für Stadtrundfahrt mit Bus:
- für Hamburger Schulklassen 160,10 €*
- für Hamburger Jugendverbände 140,10 €*
- für alle andere Gruppen 367,00 €

Kosten für Stadtrundgang / Stadterkundung:
- für alle Gruppen (bis 25 Personen) 67 €.

Anfrage: Landesjugendring Hamburg | Tel.: (040) 317 96 115 | dennis.blitz@ljr-hh.de | www.ljr-hh.de

* Die Alternativen Stadtrundfahrten werden durch die Freie und Hansestadt Hamburg gefördert (Kulturbehörde oder Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration). Für Hamburger Schulen und Hamburger Jugendverbände ergeben sich dadurch vergünstigte Preise.

Ausbildung zum/r Jugendleiter/in
Kurs 1-16

juleica jugendleiter | in card

Offen für alle, zeitlich kompakt, thematisch intensiv – dies zeichnet den Ausbildungskurs des Landesjugendringes zum/r Jugendleiter/in aus.

Zum Seminar: Der Landesjugendring Hamburg bietet thematisch verbandsübergreifende Ausbildungskurse für Jugendleiter/innen an. Teilnehmen können alle, die mindestens 16 Jahre alt sind und deren Jugendverbände kein passendes Ausbildungsangebot haben oder die über bezirkliche Träger angemeldet werden.

Wozu eine Jugendleiterausbildung?
Jugend-leiter/innen sind ehrenamtlich in der Gruppenarbeit ihres Verbandes tätig. In den JL-Kursen wird dazu wichtiges Grundlagenwissen vermittelt. Außerdem erhalten die Teilnehmer/innen Anregungen für die eigene Arbeit. Die Jugendleiter/innencard (Juleica) ist außerdem eine wichtige Legitimation – so z.B. gegenüber Erziehungsberechtigten.

Themen der Kurse:
In Kleingruppen wird durch praktische Elemente, Spiel und Spaß Grundlagenwissen aus folgenden Bereichen vermittelt:

- Rolle und Aufgabe eines/r Jugendgruppenleiter/in
- Gruppenpädagogik und Gruppenregeln
- Rechtsgrundlagen
- Jugendpolitische Partizipationsmöglichkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Motivation
- Projektplanung
- Spiele
- Prävention sexualisierter Gewalt
- Förderungsmöglichkeiten der Jugendarbeit
- Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit
- aktuelle jugendpolitische Themen

Termin: 27. – 29. Mai und 10. – 12. Juni 2016
Ort: Schullandheim Hoisdorf, Dorftstr. 10, 22955 Hoisdorf
Info: Landesjugendring Hamburg, T.: (040) 317 96 116, juleica@ljr-hh.de
Teilnahmekosten: Hamburger Jugendverbandler/innen: 50 € | Andere Personen aus der Hamburger Jugendhilfe: 180 € | Alle anderen: 220 €